

Az.: 67/3-566.0023/19/2,1.1
0285189

Immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsbescheid

gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
vom 20. November 2024

für die

Dyckerhoff GmbH
Biebricher Str. 68
65203 Wiesbaden

zur

**wesentlichen Änderung des Steinbruchs Lienen-
Höste in 49536 Lienen**

Inhalt

I. Tenor	2
II. Antragsunterlagen	3
III. Daten der Anlagenänderung.....	4
IV. Nebenbestimmungen	4
1. Allgemeines.....	4
2. Naturschutzrecht	5
3. Wasserrecht	6
4. Immissionsschutzrecht	7
5. Denkmalschutzrecht.....	8
V. Hinweise.....	8
1. Immissionsschutzrecht	8
VI. Begründung.....	9
VII. Kostenentscheidung.....	22
VIII. Rechtsmittelbelehrung.....	22

I. Tenor

Hiermit wird aufgrund Ihres Antrags vom 12.11.2019 in der Fassung vom 24.07.2023 gemäß § 16 i.V.m. § 6 und § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) sowie i.V.m. § 1 und der Nr. 2.1.1 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) die im Abschnitt III. B. 2. des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25. Februar 1999, Az.: 56-60.012.00 98 0201.2, enthaltene Befristung bezüglich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste in 49536 Lienen aufgehoben.

Die Entfristung bezieht sich auf die Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste in der Gemeinde 49536 Lienen, Gemarkung Lienen, Flur 5, Flurstücke: 31, 33, 37, 38, 39, 40, 45, 178, 227, 230, 231, 244 und 261.

Der oben genannte Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 25. Februar 1999 bezüglich des Steinbruchs Höste gilt fort, soweit er nicht durch diesen Genehmigungsbescheid geändert wird. Die hiermit genehmigte, geänderte Anlage ist entsprechen den Antragsunterlagen im Abschnitt II dieses Genehmigungsbescheides zu errichten und zu betreiben, soweit in den Nebenbestimmungen nichts Anderes bestimmt ist. Die Antragsunterlagen sind Bestandteil dieser Genehmigung.

Die Nebenbestimmung C. 10 des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999, Az. 56-60.012.00 98 0201.2, wird bezüglich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste in 49536 Lienen aufgehoben und durch folgende Nebenbestimmung ersetzt:

“Auf Basis eines zu erwartenden höchsten Grundwasserstandes (zehGW) von 141 m bezogen auf NN darf die tiefste Abbausohle im Bereich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste einen Wert von 151 m bezogen auf NN nicht unterschreiten.

Sollte nach den Ergebnissen der weiterzuführenden hydrogeologischen Beweissicherung ein höherer zehGW als der o.g. zehGW ermittelt werden, ist die zulässige Abbau-sohlhöhe im Bereich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste entsprechend anzupassen. Eine Deckschichtmächtigkeit von 10 m zwischen Abbausohle und dem zehGW darf nicht unterschritten werden.”

Die Nebenbestimmung C. 9 des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999, Az. 56-60.012.00 98 0201.2, die sich auf eine Horizontalleitung zum Böckemühlenbach bezieht, wird aufgehoben.

Die Hinweise IV. 1. bis 3. des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999, Az. 56-60.012.00 98 0201.2, bezüglich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste entfallen. Der Hinweis IV.4 wird wie folgt gefasst: „Auf die Vorschriften der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) wird hingewiesen.“

Das von der Gemeinde Liënen mit Schreiben vom 21.08.2020 und vom 31.10.2023 versagte Einvernehmen wird hiermit gemäß § 36 Abs. 2 S. 3 BauGB i.V.m. § 73 BauO NRW ersetzt.

II. Antragsunterlagen

1. Inhaltsverzeichnis mit Anlage	5 Blatt
2. Antragsformular	5 Blatt
3. Kurzbeschreibung	15 Blatt
4. Karten und Pläne	13 Blatt
5. Angabe zu Bauvorlagen	1 Blatt
6. Erläuterungen und Begründungen zum Antrag	14 Blatt
7. Angaben zur effizienten Energienutzung	2 Blatt
8. Angaben zur Anlagensicherheit	1 Blatt
9. Angaben zum Arbeitsschutz	4 Blatt
10. Angaben zu den Themen Abwasser und Niederschlagswasser	1 Blatt
11. Angaben zum Thema Abfall	1 Blatt
12. Angaben zum Immissionsschutz	14 Blatt
13. Angaben zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	1 Blatt
14. Angaben für den Fall der Betriebseinstellung	1 Blatt
15. Angaben zu § 50 BImSchG	1 Blatt
16. Anlagen- und Betriebsbeschreibung	3 Blatt
17. Schalltechnische Stellungnahme	2 Blatt
18. Berichte über Schall- und Erschütterungsmessungen	65 Blatt

19. Formulare 2 bis 8	11 Blatt
20. UVP-Bericht	12 Blatt
21. Artenschutzrechtliche Vorprüfung	14 Blatt
22. FFH-Verträglichkeitsprüfung	22 Blatt
23. Gutachterliche Stellungnahme zu hydrochemischen Auswirkungen	3 Blatt
24. Landschaftspflegerischer Begleitplan	7 Blatt
25. Rekultivierungsplan	1 Blatt
26. Dritter hydrogeologischer Beweissicherungsbericht	268 Blatt
27. Hydrogeologische Stellungnahmen	120 Blatt
28. Staubimmissionsprognose	40 Blatt
29. Hydrogeologischer Erläuterungsbericht vom Juni 2023	154 Blatt
30. Ergänzende naturschutzfachliche Angaben vom 04.12.2023	10 Blatt
31. Karte mit ergänzenden Grundwassermessstellen	2 Blatt
32. Vegetationskundliches Monitoringkonzept von Dr. C. Schmidt (2020)	6 Blatt
33. Angaben zu Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	1 Blatt

III. Daten der Anlagenänderung

Unbefristeter Weiterbetrieb der Erweiterung des Steinbruchs Höste auf einer Abbaufläche von 10 Hektar

IV. Nebenbestimmungen

1 Allgemeines

- 1.1 Ein Wechsel des Anlagenbetreibers ist dem Umweltamt des Kreises Steinfurt unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 1.2 Die Genehmigungsurkunde (Genehmigung einschließlich zugehöriger Antragsunterlagen) oder eine beglaubigte Nebenausfertigung der Urkunde ist bei der Genehmigungsinhaberin an der Betriebsstätte jederzeit zur Einsichtnahme bereitzuhalten.

- 1.3 Über den jeweiligen Abbaustand ist dem Umweltamt des Kreises Steinfurt jährlich wiederkehrend bis spätestens Ende Juli eine Karte vorzulegen, die den jeweiligen Abbaustand durch Angabe der Abbausohlhöhen darstellt:

2 Naturschutzrecht

- 2.1 Der Landschaftspflegerische Begleitplan (LBP) aus 1998 zur Genehmigung vom 25.02.1999, Az.: 56-60.012.0098.0201.2, behält uneingeschränkt Gültigkeit, sofern er nicht durch nachfolgende Nebenbestimmungen modifiziert wird.
- 2.2 Die Rekultivierungsflächen im Steinbruchgelände sind abweichend von der Ursprungsgenehmigung aus 1999 gemäß Planunterlage 6.3.1 Rekultivierungsplan (Ergänzung zum Rekultivierungsplan 1998) mit Bearbeitungsstand 06/2023 herzurichten.
- 2.3 Alle bereits durchgeführten und ergänzenden Kompensationsmaßnahmen sind für die Dauer des Eingriffs entsprechend der im LBP (1998) bzw. LBP (2023) und dem Maßnahmenblatt beschriebenen Zielsetzung zu pflegen.
Alle 2 Jahre, erstmalig zum 01. April 2026, ist ein Bericht über die durchgeführten Maßnahmen und deren Zielerreichungsgrad bei der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt (uNB) einzureichen. Der Turnus der Berichtspflicht kann auf Antrag und mit Zustimmung der uNB vergrößert werden.
Gegebenenfalls klimabedingte oder Alterungsprozessen geschuldeten Anpassungen oder Änderungen der Entwicklungsziele bleiben auf schriftlichen Antrag und mit ausdrücklicher Zustimmung der uNB zulässig.
- 2.4 Für die naturschutzrechtlich begründeten und noch nicht endabgenommen waldbaulichen Kompensationsmaßnahmen (Erstaufforstungen und Nadelwaldumbau-maßnahmen) sind bei Erreichen des jeweils gesicherten Bestandes unverzüglich Abnahmen bei der uNB schriftlich zu beantragen.
- 2.5 Die Höhe der Sicherheitsleistung für naturschutzrechtlich begründete Maßnahmen (Rekultivierung Steinbruch Höste, die für den time lag definierte Kompensationsmaßnahme und die Pflegemaßnahmen für Grünland, Niederwald, Kalktrockenrasen aus der 1999er Genehmigung) ist alle 5 Jahre nach Erteilung der Genehmigung seitens des Genehmigungsinhabers auf einmalige bzw. fortlaufende Kosten

zu überprüfen und ggf. zu aktualisieren. Die vorgenannten Ergebnisse sind unverzüglich der uNB vorzulegen. Die diesbezügliche Sicherheitsleistung kann aufgrund einer erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen mit Zustimmung der uNB ggf. reduziert werden.

- 2.6 Über den lage- und höhenmäßigen Abbaufortschritt ist jährlich auf Grundlage von gutachterlichen Vermessungen in beschreibender und aussagekräftiger darstellender Form zu berichten. Der Bericht ist der uNB jährlich bis zum 31.08. zur Verfügung zu stellen.
- 2.7 Die erstmalige Bepflanzung der jeweils endmodellierten Bermen sowie Beginn und Abschluss der Ausführungsarbeiten der Kompensationsmaßnahme für den time lag sind der uNB unverzüglich anzuzeigen.
- 2.8 An der Felsenquelle (FFH-LRT 7220*) sowie der Jelzenquelle (als Referenz) ist das vegetationskundliche Monitoring, das mit der Genehmigung vom 25.02.1999 eingerichtet wurde, zielorientiert und in einer an den wissenschaftlichen Standard angepassten Form fortzuführen. Grundlage ist das Konzept „Vegetationskundliches Monitoring vom LRT 7220* an drei Quellbächen im Raum Lengerich - Lienen (Kreis Steinfurt)“ von Dr. C. Schmidt (2020). Die Kartierungen sind jährlich durchzuführen. Der jährliche Bericht ist über die Genehmigungsbehörde der uNB und der unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt (uWB) bis zum 01.09. eines jeweiligen Kalenderjahres zu übersenden.

3 Wasserrecht

- 3.1 Entsprechend dem allgemeinen Vorsorgegrundsatz sind jährlich die hydrochemischen Leitparameter (siehe Anhang 1 zu Anlage 8.1 des Änderungsantrages) des an der Felsenquelle austretenden Wassers zu erfassen und in die weitere Beweis-sicherung mit aufzunehmen und fortzuschreiben. Die untere Wasserbehörde des Kreises Steinfurt ist über den Zeitpunkt einer Probenahme zu informieren.

- 3.2 Das Grundwassermessstellennetz als Bestandteil des hydrogeologischen Beweissicherungskonzepts ist im Bereich des Steinbruchs Höste auf der Grundlage der Antragsunterlage Nr. 31 zu verdichten, um insbesondere im Einzugsgebiet der Felsenquelle ergänzende Informationen zu gewinnen.

Die Anzahl, die Lage, die Beschaffenheit und der Betrieb der zusätzlichen Grundwassermessstellen ist mit der unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt abzustimmen. Sie sind unverzüglich in Betrieb zu nehmen und in die Berichtspflichten aufzunehmen. Die untere Wasserbehörde des Kreises Steinfurt ist über die Inbetriebnahme der Grundwassermessstellen unverzüglich schriftlich zu informieren. Weitere Festlegungen werden gemäß § 12 Abs. 2a BImSchG im Rahmen einer nachträglichen Auflage getroffen.

4 Immissionsschutzrecht

- 4.1 Die Nebenbestimmung Nr. 24 des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999, Az.: 56-60.012.00 98 0201.2, wird wie folgt angepasst:

Die im Ursprungsbescheid genannte DIN 4150, Teil 2 „Erschütterungen im Bauwesen“ – Einwirkungen auf Menschen in Gebäuden – Ausgabe Dezember 1992 wird durch die DIN 4150, Teil 2 „Erschütterungen im Bauwesen“ – Einwirkungen auf Menschen in Gebäuden – Ausgabe Dezember 1999 ersetzt.

- 4.2 Die Nebenbestimmung Nr. 25 des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999, Az.: 56-60.012.00 98 0201.2 wird wie folgt angepasst:

Die im Ursprungsbescheid genannte DIN 4150, Teil 3 „Erschütterungen im Bauwesen“ – Einwirkungen auf bauliche Anlagen – Ausgabe Dezember 1992 wird durch die DIN 4150, Teil 3 „Erschütterungen im Bauwesen“ – Einwirkungen auf bauliche Anlagen – Ausgabe Dezember 2016 ersetzt.

- 4.3 Bei der Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen ist der gemeinsame Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – V-5 8800.4.10, des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie – 503-VIB2-46-00 und des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung – 615 – 850.1: Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen – Erschütterungserlass vom 04.10.2018 zu beachten

5 Denkmalschutzrecht

- 5.1 Über jede neue Abschiebung ist das LWL-Museum für Naturkunde, Münster mindestens eine Woche im Voraus zu informieren, damit gegebenenfalls ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin vor Ort sein kann und begleitende Maßnahmen abgesprochen werden können.

Hinweis:

Funde von Fossilien sind dem LWL-Museum für Naturkunde, Münster gemäß § 16 DschG NRW unverzüglich zu melden.

V. Hinweise

1 Immissionsschutzrecht

- 1.1 Gemäß § 13 BImSchG schließt diese Genehmigung, andere die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen ein, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme von Planfeststellungen, Zulassungen bergrechtlicher Betriebspläne, behördliche Entscheidungen aufgrund atomrechtlicher Vorschriften und wasserrechtlichen Erlaubnissen und Bewilligungen nach § 8 in Verbindung mit § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).
- 1.2 Gemäß § 15 Abs. 1 BImSchG ist die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer genehmigungsbedürftigen Anlage dem Umweltamt des Kreises Steinfurt anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter auswirken kann. Der Anzeige sind die zur Beurteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht erforderlichen Unterlagen beizufügen.

- 1.3 Wird beabsichtigt, den Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage einzustellen, ist dies gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG unverzüglich dem Umweltamt des Kreises Steinfurt anzuzeigen. Der Anzeige sind die dort genannten Unterlagen beizufügen.
- 1.4 Gemäß § 16 BImSchG bedarf die wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage der Genehmigung. Die Genehmigung ist auch erforderlich, wenn aufgrund anderer behördlicher Entscheidungen (Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Befreiungen usw.) wesentliche Änderungen der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der durch diesen Bescheid genehmigten Anlagenänderung notwendig werden.
- 1.5 Diese Genehmigung erlischt gemäß § 18 Abs. 1 BImSchG, wenn die Anlage während eines Zeitraums von mehr als 3 Jahren nicht mehr betrieben worden ist.

VI. Begründung

Im Rahmen des Bescheids gemäß § 16 BImSchG vom 25.02.1999, Az.: 56-60.012.00 98 0201.2 hat die Bezirksregierung Münster die Erweiterung der Steinbrüche Hohne und Höste genehmigt. Die Genehmigung wurde gemäß der Nr. 2 im Abschnitt III. B. des o.g. Genehmigungsbescheides auf 25 Jahre vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme befristet. Die Befristungsregelung enthält einen Querverweis auf die Auflage C. 1. Sie beinhaltet u.a., dass der "Beginn der Abgrabung" insbesondere dem Staatlichen Umweltamt Münster schriftlich anzuzeigen ist.

Ausweislich der Begründung zum o.g. Genehmigungsbescheid erfolgte im Rahmen der Zulassung eine UVP. Ferner wird dort ausgeführt, dass eine Prüfung der FFH-Verträglichkeit erfolgte. Nach Erteilung der Genehmigung wurde im Jahre 2004 das FFH-Gebiet mit der Bezeichnung DE 3813-302 "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes und Intruper Berg" in die Gebietsliste der Europäischen Kommission aufgenommen. Bestandteil des FFH-Gebietes ist auch der LRT 7220* Kalktuffquell, der als prioritärer Lebensraumtyp zu den Erhaltungszielen des FFH-Gebietes zählt. Insbesondere insofern hat sich die Beurteilungslage im unmittelbaren Umfeld des Vorhabens geändert, da im Zuge des Zulassungsverfahrens Ende der 90iger Jahre die Quelllebensräume nicht als LRT 7220*

eingestuft wurden. Die Abbaufäche des Erweiterungsbereichs des Steinbruchs Höste liegt nicht in dem FFH-Gebiet.

Mit Antrag gemäß § 16 BImSchG vom 12.11.2019 (Eingang beim Kreis Steinfurt am 18.11.2019) beantragte die Firma Dyckerhoff GmbH, Biebricher Str. 68, 65203 Wiesbaden die für die Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste in der Gemeinde 49536 Lienen geltende Befristung von 25 Jahren aufzuheben und damit einen unbefristeten Betrieb auf dieser Abbaufäche zuzulassen.

Zuständigkeit für den Antrag gemäß § 16 BImSchG

Die Frage, ob der Steinbruch Höste i.V.m. dem Steinbruch Hohne und dem Zementwerk der Firma Dyckerhoff GmbH eine Produktionsstätte bildet, die nach § 2 Abs. 2 der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) insgesamt der Zuständigkeit der Bezirksregierung Münster unterliegt, wurde durch Erlass des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15.05.2023, Az.: IV-2 - 87 02 95 so entschieden, dass für den Steinbruch Höste die Zuständigkeit des Kreises Steinfurt gegeben ist.

Nichterlöschen des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 bezogen auf die Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens stellte sich dem Kreis Steinfurt, insbesondere aufgrund einer Einwendung des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW vom 17.08.2020, die Frage, ob der Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 bezogen auf die Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste erloschen sein könnte. Im Genehmigungsbescheid vom 25.02.1999 finden sich diesbezüglich verschiedene Bezeichnungen, die zu Missverständnissen Anlass geben könnten.

Der Tenor des Genehmigungsbescheides nimmt Bezug auf die wesentliche Änderung "eines Steinbruchs". Die Anzeigepflicht nach der Auflage C.1. bezieht sich auf "den Beginn der Abgrabung". Die Regelung unter dem Abschnitt III. B. 1. verknüpft die Gültigkeit des Genehmigungsbescheides mit dem Betriebsbeginn der "mit diesem Bescheid genehmigten Steinbrüche" innerhalb von 3 Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung. In der Auflage C. 10. finden sich Regelungen, die sich auf den "Steinbruchbereich Lenge-

rich" und den "Steinbruchbereich Lienen" beziehen. In der Begründung des Genehmigungsbescheides ist dann u.a. auch von den Kalksteinbrüchen "Lengerich" und "Höste" die Rede.

Mit Schreiben vom 19.12.2001 teilt die Firma Dyckerhoff Zement GmbH dem Staatlichen Umweltamt Münster folgendes mit:

"Unter Bezugnahme auf Kapitel C Punkt 1 der oben genannten Genehmigung zeigen wir Ihnen den Beginn der Abgrabung im Erweiterungsgebiet für Februar 2002 an."

Mit dem Abbau auf der Grundlage des Genehmigungsbescheides vom 25.02.1999 wurde zunächst im "Steinbruchbereich Lengerich" begonnen. Der Abbau im "Steinbruchbereich Lienen" begann nicht innerhalb von 3 Jahren nach der Bestandskraft der Genehmigung. Hieraus folgt jedoch - entgegen der Auffassung des LB der Naturschutzverbände NRW - in Übereinstimmung mit der Bezirksregierung Münster und deren Stellungnahme vom 10.11.2020 nicht, dass der o.g. Genehmigungsbescheid hinsichtlich des Abbaus auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste erloschen ist. Ausschlaggebend ist hier u.a., dass unklare Formulierungen vor dem berechtigten Empfängerhorizont eines Genehmigungsinhabers zu Lasten der Behörde gehen. Der Genehmigungsbescheid und die unbeanstandet vom Staatlichen Umweltamt Münster entgegengenommene Inbetriebnahmeanzeige nehmen Bezug auf ein einheitliches Vorhaben (Abgrabung im Erweiterungsgebiet), das - ausweislich der Inbetriebnahmeanzeige - im Februar 2002 in Betrieb genommen wurde. Der Betreiber durfte insofern davon ausgehen, dass er seiner Anzeigepflicht bzgl. der Inbetriebnahme der Abgrabung im Erweiterungsgebiet nachgekommen ist.

Verfahrensrechtliche Einordnung

Das LB der Naturschutzverbände NRW fordert unter dem Abschnitt „1. Prüfmaßstab“ seiner Stellungnahme vom 17.08.2020, dass Prüfungen wie im Falle einer Neugenehmigung geboten sind.

Dem Urteil des OVG Münster vom 19.07.2001, Az.: 21 A 1832/98, kann entnommen werden, dass für die Änderung der Befristung einer gemäß § 12 Abs. 2 BImSchG befristet erteilten Genehmigung ein Verfahren nach § 16 BImSchG einschlägig ist. Prüfmaßstab ist hierbei § 6 BImSchG.

Zusammengefasster Verlauf des Genehmigungsverfahrens

Nach Eingang des Antrags und der Unterlagen am 18.11.2019 erfolgte hinsichtlich möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf das benachbarte FFH-Gebiet und vor dem Hintergrund der Anwendung des UVPG (Betriebliche Änderung eines Vorhabens für das eine UVP durchgeführt wurde) zunächst eine hausinterne Beteiligung der Unteren Naturschutzbehörde (uNB) und der Unteren Wasserbehörde (uWB). Ferner wurde die Untere Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde beteiligt. Nach Ergänzung und Überarbeitung der Unterlagen (FFH-Vorprüfung, LBP, ASP) erfolgte im Juni 2020 eine Beteiligung folgender Behörden:

- Gemeinde Lienen
- Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Münster
- Bezirksregierung Münster (Dezernate 32, 33, 51, 53, 54 und 55)
- Geologischer Dienst NRW, Krefeld
- LWL - Archäologie für Westfalen, Münster
- Kreis Steinfurt
 - Untere Wasserbehörde (uWB)
 - Untere Naturschutzbehörde (uNB)
 - Untere Bodenschutz- und Abfallbehörde
 - Bauamt
 - Untere Immissionsschutzbehörde

Ferner wurde das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, Oberhausen beteiligt. Wesentliche Ergebnisse der Beteiligungen waren, dass die Gemeinde Lienen mit Schreiben vom 21.08.2020 ihr Einvernehmen versagte und seitens des Geologischen Dienstes NRW Bedenken erhoben wurden. Ferner machten die uNB und die uWB hinsichtlich der Unterlagen einen weiteren Überarbeitungsbedarf geltend. Aus Sicht des Immissionsschutzes ergaben sich keine grundsätzlichen Bedenken. Das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW trug in seiner Stellungnahme vom 17.08.2020 umfangreiche Bedenken vor, die den betroffenen Fachbehörden und der Antragstellerin bekanntgegeben wurden.

Im Zuge der weiteren Prüfung des Vorhabens durch die uWB und die uNB i.V.m. ergänzenden gutachterlichen Betrachtungen - auch unter Kontaktierung der Bezirksregierung Münster - ergab sich Ende 2020, dass auf Anregung der uNB das LANUV NRW in das Genehmigungsverfahren einbezogen wurde. Hierbei standen aus Sicht der uNB zunächst die Betrachtung möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf den Wasserchemismus von Kalktuffquellen im benachbarten FFH-Gebiet im Vordergrund. Diesbezüglich ergänzte die Antragstellerin ihre Unterlagen durch eine gutachterliche Stellungnahme des FB Geowissenschaften der WWU Münster. Nach wiederholter Einbeziehung des LANUV verfestigte sich Mitte 2021 die Einschätzung, dass das Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Kalktuffquellen im benachbarten FFH-Gebiet hervorrufen kann. Es zeigte sich, dass mögliche Auswirkungen auf FFH-rechtlich geschützte Kalktuffquellen im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu betrachten sind. Hierdurch wurde auch deutlich, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG u.a. im Hinblick auf das Schutzgut Wasser angezeigt ist. Im September 2021 reichte die Antragstellerin einen UVP-Bericht und eine Unterlage zur FFH-VP nach. Im Anschluss hieran erfolgte eine erneute partielle Behördenbeteiligung. Ferner wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung eingeleitet.

Wesentliche Ergebnisse der partiellen Behördenbeteiligung waren, dass vom LANUV NRW und der uWB sowie der uNB Bedenken gegenüber dem Vorhaben geltend gemacht wurden, die im Kern den Schutz des Lebensraumtyps "Kalktuffquelle" betrafen.

Die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens erfolgte Ende Dezember 2021 in Tageszeitungen, die im Umfeld des Vorhabens verbreitet sind, im Amtsblatt und auf der Homepage des Kreises Steinfurt sowie im UVP-Verbund-Portal. Antrag und Unterlagen lagen beim Kreis Steinfurt und der Gemeinde Lienen sowie bei der Stadt Lengerich zur Einsichtnahme innerhalb des vorgeschriebenen Auslegungszeitraumes aus. Gleiches gilt für die Zugänglichmachung im Internet. Dies erfolgte über das UVP-Verbund-Portal und ergänzend über die Homepage des Kreises Steinfurt unter der Rubrik Bekanntmachungen. Bei der Genehmigungsbehörde sind 223 fristgerechte Einwendungen eingegangen, wobei es sich weit überwiegend um standardisierte Sammeleinwendungen handelte. Insgesamt decken die Einwendungen ein großes Themenspektrum ab; zum Teil sehr detailliert und mit wissenschaftlichem Anspruch; wobei hydrogeologische Aspekte und mögliche Auswirkungen auf den FFH-Lebensraumtyp "Kalktuffquelle" einen Schwerpunkt bilden. In Vorbereitung auf den Erörterungstermin wurden einzelne Themen und Aspekte der

Einwendungen gegliedert aufbereitet, um sie systematisch erörtern zu können. Der Erörterungstermin fand am 11. und 12.05.2022 in der Gempthalle in Lengerich statt. Es wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Behördliche Bewertungen des Verlaufs und der Ergebnisse des Erörterungstermins ergaben, dass eine Genehmigungsfähigkeit der Entfristung des Kalksteinabbaus auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste bis in den Grundwasserschwankungsbereich hinein nicht festgestellt werden kann, zumal die Erweiterungsfläche im Einzugsbereich einer FFH-rechtlich geschützten Kalktuffquelle liegt.

Eine weitere Befassung mit den Einwendungen erfolgt i.R. der als Anlage beigefügten UVP.

Im Zuge der weiteren Auseinandersetzung mit dem Schutzgut Wasser und dem FFH-rechtlich geschützten Lebensraumtyp "Kalktuffquelle" nahm die Antragstellerin eine Änderung des Vorhabens im laufenden Genehmigungsverfahren vor. Der hierbei verfolgte Grundgedanke hinsichtlich eines ausreichenden Schutzes des Wassers und des Lebensraumtyps "Kalktuffquelle" besteht darin, dass die tiefste Abbausohle auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste (Stichwort: Trockenabgrabung) einen ausreichenden Abstand vom zu erwartenden höchsten Grundwasserstand wahrt. Dieser Grundgedanke findet sich auch in der ersten LANUV-Stellungnahme zu dem Vorhaben (E-Mail an den Kreis Steinfurt vom 30.11.2020). Er findet sich vom Ansatz her ferner unter Abschnitt 3.2.4 auf der Seite 45 der Stellungnahme des LB der Naturschutzverbände NRW vom 02.03.2022. Im Hinblick auf eine Grundwasserabsenkung heißt es dort: "Für eine Minimierung der Auswirkungen ist der Steinbruch Lienen-Höste als reiner Trockenabbau ohne Eingriff in das Grundwasser auch bei höheren Grundwasserständen in den Wintermonaten zu belassen und folglich die Sohlentiefe auf den höchsten zu erwartenden Grundwasser-Stand zu begrenzen."

Diese Modifikation des Vorhabens wurde im Rahmen eines von der Bezirksregierung Münster angeregten Fachgesprächs von der Antragstellerin am 03.04.2023 vorgestellt und zwischen den Fachgutachtern der Antragstellerin, Vertretern und Vertreterinnen des LANUV, der Bezirksregierung Münster und den Fachbehörden uNB und uWB erörtert. Näheres hierzu wird in der zusammenfassenden Darstellung und Bewertung im Zuge der UVP, die sich gemäß der Nr. 4.1.2 der VV-Habitatschutz vom 06.06.2016 in einem speziellen Kapitel auch mit der FFH-Verträglichkeit des Vorhabens befasst, dargelegt. Diese

separate Dokumentation, die auch auf Einwendungen der Naturschutzverbände und des LANUV NRW eingeht, wird diesem Genehmigungsbescheid als Anlage beigelegt.

Im Nachgang zum o.g. Fachgespräch reichte der Antragsteller einen modifizierten Antrag (Reduzierung der tiefsten Abbausohle von 125 m üNN auf 151 m üNN) und überarbeitete Unterlagen ein. Bestandteil der Unterlagen ist u.a. eine Stellungnahme des FB Geowissenschaften der WWU Münster vom 29.06.2023 bezüglich der hydrochemischen Bedingungen der Felsenquelle und ein hydrogeologischer Erläuterungsbericht des Sachverständigenbüros Schmidt + Partner vom Juni 2023.

Bezüglich des modifizierten Vorhabens wurde ein erneutes Behördenbeteiligungsverfahren durchgeführt. Den Naturschutzverbänden wurde Gelegenheit zu einer Stellungnahme eingeräumt. Von einer erneuten öffentlichen Bekanntmachung konnte aufgrund von § 8 Abs. 2 der 9. BImSchV abgesehen werden, da sich die Änderung im Rahmen des bekanntgemachten Vorhabens bewegt. Wesentliche Ergebnisse der Behördenbeteiligung bestanden darin, dass die uWB und die uNB abschließend positive Stellungnahmen abgeben konnten. Gleiches gilt für den Geologischen Dienst NRW. Das LANUV machte weiterhin Einwendungen geltend. Sie beziehen sich im Wesentlichen darauf, dass es eine wasserrechtliche Zulassungspflichtigkeit auch für das als Trockenabgrabung konzipierte, modifizierte Abbauvorhaben annimmt und diesbezügliche wasserrechtliche Zulassungsvoraussetzungen als nicht nachgewiesen ansieht. Die Naturschutzverbände untermauern ihre Einwendungen und halten sie auch mit Bezug auf das modifizierte Vorhaben vollumfänglich aufrecht. Hierauf wird in der zusammenfassenden Darstellung und Bewertung i.R. der UVP näher eingegangen.

Unterlagen der Öffentlichkeitsbeteiligung

Das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW rügt im Kapitel 1 seiner Einwendung vom 02.03.2022, dass die ausgelegten Unterlagen unvollständig seien und insofern ein schwerer formaler Fehler bestehe. Es wird eine Wiederholung der Öffentlichkeitsbeteiligung gefordert.

Aus Sicht der Genehmigungsbehörde ist jedoch nicht zu erkennen, dass das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW durch die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegten Unterlagen, die insbesondere einen UVP-Bericht und eine FFH-VP umfassten, in unzulässiger Weise daran gehindert war, sich mit dem beantragten Vorhaben auseinanderzusetzen und seinen Sachverstand in das Verfahren einzubringen. Gleiches gilt nach Auffassung der Genehmigungsbehörde auch für die Bürgerinitiative Pro-Teuto e.V.

Insbesondere Art, Umfang und Inhalt der fachlichen Einwendungen lassen nicht erkennen, dass die ausgelegten Unterlagen ihre Anstoßfunktion nicht erfüllt hätten und eine effektive Öffentlichkeitsbeteiligung in Frage gestellt wäre. Eine fehlerhafte Öffentlichkeitsbeteiligung liegt nicht vor. Sie ist insofern nicht zu wiederholen.

Umgang mit den im Rahmen des Erörterungstermins gestellten Anträgen

- Dem Antrag ein Wortprotokoll zu erstellen (Seite 11 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022) wurde entsprochen, da dies per se vorgesehen war.
- Eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob der Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 bzgl. der Erweiterung des Steinbruchs Höste erloschen sein könnte (Seite 10 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022), erfolgte bereits in Vorbereitung auf den Erörterungstermin. Siehe hierzu auch den entsprechenden Abschnitt dieser Begründung.
- Aufgrund einer Diskussion bezüglich der Waldrodung auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste wurde beantragt, dem Landesbüro der Naturschutzverbände NRW eine angesprochene Rodungsgenehmigung zur Verfügung zu stellen (Seite 54 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022). Der Leiter des Umwelt- und Planungsamtes des Kreises Steinfurt wies daraufhin, dass es keine eigenständige Rodungsgenehmigung gäbe. Der Kreis Steinfurt habe der Rodung nach Prüfung zugestimmt.
- Dem Antrag ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren durchzuführen (Seite 93 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022) kann nicht entsprochen werden, da die diesbezüglichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Nach Modifikation des beantragten Vorhabens liegt eine Trockenabgrabung vor.
- Hinsichtlich der Zielerfüllung im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Seite 102 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022) ist festzuhalten, dass die obere Wasserbehörde (Dezernat 54 der Bezirksregierung Münster) in die Antragsprüfung einbezogen wurde.

- Gegenstand des auf der Seite 134 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022 festgehaltenen Antrags ist die Untersagung des laufenden Steinbruchbetriebs aufgrund fehlender wasserrechtlicher Zulassungen. Dies berührt nicht das beantragte Vorhaben. Der erhobenen Forderung wird im Rahmen der Anlagenüberwachung nachgegangen.

Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BImSchG

Im Ergebnis ergab die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BImSchG, dass der Antrag unter Aufnahme von Nebenbestimmungen und Hinweisen zu genehmigen war. Die Prüfung der wasserrechtlichen und naturschutzrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG durch die Fachbehörden (uWB und uNB) und die Genehmigungsbehörde ergab, dass sie insbesondere i.V.m. der beantragten Modifikation der tiefsten Abbausohle vorliegen. Dem steht auch nicht § 10 Abs. 5 Satz 4 BImSchG (Koordinierungspflicht der Genehmigungsbehörde hinsichtlich separater, von § 13 BImSchG nicht erfasster Zulassungserfordernisse) entgegen. Dies ergibt sich aus der Einbeziehung der uWB als zuständiger Fachbehörde, die - entgegen den Einschätzungen der Naturschutzverbände und des LANUV - eine wasserrechtliche Zulassungspflichtigkeit des modifizierten Vorhabens verneint und unter Aufnahme von Nebenbestimmungen zum Genehmigungsbescheid keine Bedenken gegenüber dem Vorhaben geltend macht. Dies gilt auch für die Bezirksregierung Münster, sofern durch Nebenbestimmungen sichergestellt wird, dass sich der Abbau im Rahmen eines Trockenabbaus bewegt.

Planungsrecht

Eine planungsrechtliche Unzulässigkeit des Vorhabens ist nicht gegeben. Die Gemeinde Lienen hat zwar mit Schreiben vom 21.08.2020 und vom 31.10.2023 ihr gemeindliches Einvernehmen versagt und macht deutlich, dass die in der Stellungnahme vom 21.08.2020 dargelegten Versagensgründe auch für den modifizierten Antrag gelten. Die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens ist jedoch im Falle eines rechtswidrigen Versagens durch die Genehmigungsbehörde zu ersetzen. Dieser Fall ist hier gegeben. Dies wird wie folgt begründet:

Zunächst erfolgt eine planungsrechtliche Einordnung des Vorhabens. Beim Steinbruch Höste und der Erweiterungsfläche handelt es sich um eine ortsgebundene gewerbliche

Anlage im Außenbereich der Gemeinde Lienen, deren Zweckbestimmung die Gewinnung von Kalkstein zur Herstellung von Zement ist. Insbesondere die Erweiterungsfläche wird vom Privilegierungstatbestand des § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB erfasst. Demnach genießt das Vorhaben hinsichtlich öffentlicher Belange im Sinne des § 35 Abs. 3 BauGB eine besondere Durchsetzungskraft. Es reicht nicht aus, wenn die o.g. öffentlichen Belange (lediglich) beeinträchtigt werden. Ein im Außenbereich privilegiertes Vorhaben ist nach § 35 Abs. 1 Satz 1 BauGB dann unzulässig, wenn öffentliche Belange dem Vorhaben entgegenstehen und eine ausreichende Erschließung nicht gesichert ist. Weder die Raumordnungsbehörde der Bezirksregierung Münster noch das Bauamt des Kreises Steinfurt haben im Rahmen der Behördenbeteiligung planungsrechtliche Bedenken gegenüber dem beantragten Vorhaben geltend gemacht.

Die Gemeinde Lienen begründet ihre ablehnende Haltung im Schreiben vom 21.08.2020 zunächst mit folgendem allgemeinen Hinweis: Einer Entfristung der Genehmigung vom 25.02.1999 stehen öffentliche Belange im Sinne des § 35 Abs. 3 BauGB entgegen.

Sodann wird auf folgende Aspekte hingewiesen:

- Die Gemeinde Lienen befürchtet eine weitere Verunstaltung des Landschaftsbildes am Teutoburger Wald.
- Es wird befürchtet, dass der Schwerlastverkehr zum Zementwerk der Firma Dyckerhoff GmbH weiterhin auch im Gemeindegebiet Lienen stattfindet und somit eine Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswertes hervorrufen kann. Mit der zeitlichen Verlängerung des Schwerlastverkehrs sei eine weitere Beeinträchtigung der touristischen Attraktivität verbunden. Dies stelle einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar.
- Ein kontrollierter Ausstieg aus dem Kalkabbau auf ihrem Gemeindegebiet sei im Interesse der Gemeinde Lienen. Die beantragte Entfristung laufe diesem Interesse zuwider und widerspreche dem Ziel 9.1-3 des LEP, da Auswirkungen der Rohstoffgewinnung räumlich und zeitlich gering zu halten seien. Dieser Widerspruch sei offensichtlich. Das Interesse an einem kontrollierten Ausstieg beruhe auch darauf, dass nach Abschluss der Abbautätigkeiten eine touristisch bedeutsame Nachfolgenutzung des Geländes im Einklang mit dem Wasser- und Artenschutz-

recht und anderen naturschutzfachlichen Belangen erfolgen könne. Diese Forderung decke sich mit dem Ziel 9.2-4 des LEP (Nachfolgenutzung). Abbauflächen seien abschnittsweise und zeitnah wiedernutzbar zu machen.

Gemäß § 36 Abs. 2 Satz 3 BauGB kann die nach Landesrecht zuständige Behörde ein rechtswidrig versagtes Einvernehmen der Gemeinde ersetzen. Die nach Landesrecht zuständige Behörde ist hier gemäß § 73 Abs. 1 Satz 2 BauO NRW die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde und somit der Kreis Steinfurt. Nach § 73 Abs. 1 Satz 1 BauO NRW hat der Kreis Steinfurt ein rechtswidrig versagtes Einvernehmen zu ersetzen. Gemäß § 36 Abs. 2 Satz 1 BauGB darf das Einvernehmen der Gemeinde bezüglich des beantragten Vorhabens nur aus den sich aus § 35 BauGB ergebenden Gründen versagt werden, da die in Rede stehende Abbaufläche im Außenbereich der Gemeinde liegt. Da das Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB privilegiert ist, und eine ausreichende Erschließung gesichert ist, kommen nur Gründe in Betracht, die als entgegenstehende öffentliche Belange zu qualifizieren sind; eine reine Beeinträchtigung öffentlicher Belange (wie im Fall des § 35 Abs. 2 BauGB) reicht hier nicht aus.

Der öffentliche Belang "Verunstaltung des Landschaftsbildes" findet sich in § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB. Die Gemeinde Lienen "befürchtet" eine "weitere" Verunstaltung des Landschaftsbildes am Teutoburger Wald. Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass der Abbau auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste auf der Grundlage der befristeten Genehmigung vom 25.02.1999 bereits erfolgt. Die Beteiligung der zuständigen Fachbehörde (uNB) am Genehmigungsverfahren auf Entfristung des Abbaubetriebs hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass das Vorhaben mit einer unzulässigen Verunstaltung des Landschaftsbildes verbunden sein könnte. Auch unter Bezug auf das in diesem Genehmigungsbescheid festgeschriebene Rekultivierungskonzept ist nicht zu konstatieren, dass der Eingriff in das Landschaftsbild als öffentlicher Belang zu qualifizieren ist, der einer Genehmigung entgegensteht.

Zum Thema Schwerlastverkehr ist Folgendes anzumerken: Die Zu- und Abfahrten zum Steinbruchgelände, zu dem auch der unbefristet genehmigte Altsteinbruch zählt, erfolgen über öffentliche Straßen und eine Zufahrtstraße. Die verkehrliche Erschließung des Standortes ist gesichert. Anhaltspunkte dafür, dass der Schwerlastverkehr auf dem Anlagen- gelände und der Zufahrtsstraße mit schädlichen Umwelteinwirkungen (z.B.: Lärmimmissionen) im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB verbunden sein könnte sind nicht

ersichtlich und lassen sich der Stellungnahme der Gemeinde Lienen vom 21.08.2020 auch nicht entnehmen (Näheres zum Thema Immissionsschutz wird in der als Anlage beigefügten zusammenfassenden Darstellung dargelegt.)

Auch welche konkreten Schutzansprüche von Touristen und Erholungssuchenden verletzt werden könnten, bleibt unklar. Ferner bleibt unklar, worin genau die angesprochenen "Beeinträchtigungen" der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswertes (Öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB) durch den Schwerlastverkehr bestehen sollen, zumal der Steinbruch Höste seit ca. Mitte der 70iger Jahre betrieben wird (Die Ursprungsgenehmigung gemäß § 4 BImSchG stammt aus dem Jahre 1977). Den Stellungnahmen der uNB lassen sich keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass der o.g. öffentliche Belang einer Genehmigung entgegenstehen könnte.

Im Hinblick auf einen kontrollierten Ausstieg aus dem Kalkabbau, der im Interesse der Gemeinde Lienen liegt, verweist sie auf den LEP (Ziele 9.1-3 und 9.2-4). In diesem Kontext ist der Regionalplan der Bezirksregierung Münster von Relevanz. Im Sachlichen Teilplan "Kalkstein" vom Oktober 2018 werden Flächen zur Sicherung und zum Abbau des Rohstoffs Kalkstein im Münsterland verbindlich festgesetzt. Die Festlegung der Flächenkulisse im o.g. Raumordnungsplan dient der gezielten Steuerung und Absicherung des Rohstoffbedarfs an Kalkstein.

Begründet wird der Antrag auf Entfristung hinsichtlich landes- bzw. regionalplanerischer Vorgaben von der Antragstellerin wie folgt:

- Die Entfristung soll der langfristigen Sicherung des Standortes und zur Bedarfsdeckung beitragen.
- Seit Beginn der Abgrabung wurde deutlich weniger Kalkstein abgebaut als zum Zeitpunkt der Genehmigung prognostiziert (u.a. wegen der Einstellung der Kalkproduktion im Jahre 2008 und aufgrund einer optimierten Rohstoffnutzung durch Neuerungen in der Produktions- und Verfahrenstechnik). Die Entfristung soll zur vollständigen Gewinnung des Rohstoffs der Lagerstätte beitragen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der o.g. Begründung teilt das Dezernat 32 (Regionalentwicklung) der Bezirksregierung Münster in seiner Stellungnahme vom 20.07.2020 u.a. folgendes mit:

„Die 1999 genehmigte Abbaufläche des Kalksteinbruchs „Höste“ in Lienen basiert auf dem Lösungsansatz 6 des sog. Teutoburger-Wald-Gutachtens. Die 25-jährige Befristung ist das Ergebnis des Dialogs zwischen Behörden, Verbänden, Kommunen und der Antragstellerin. Ausgehend von dem Ansatz des Teutoburger-Wald-Gutachtens wurde im Sachlichen Teilplan Kalkstein (STK) ein Bereich für den Abbau und die Gewinnung oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) festgelegt, der zu keiner Erweiterung der zum Zeitpunkt der Aufstellung bereits genehmigten Flächen führt. Auch durch die Entfristung der Genehmigung sollen keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme und keine Veränderung der bislang genehmigten Abbaufläche und der Rekultivierungsziele eintreten.

Die Entfristung der Genehmigung entspricht den Grundsätzen des LEP NRW und des Regionalplan Münsterland, Sachlicher Teilplans Kalkstein, wonach im Sinne einer flächensparenden Gewinnung der Rohstoffe einer Lagerstätte möglichst vollständig abgebaut werden soll.

Aus Sicht der Regionalentwicklung bestehen daher keine Bedenken gegen die Entfristung der o.g. Genehmigung.“

In seiner Stellungnahme vom 19.10.2023 bzgl. des modifizierten Vorhabens verweist das Dezernat 32 der Bezirksregierung Münster auf die o.g. Stellungnahme vom 20.07.2020. Vor dem Hintergrund dieser Stellungnahme ist nicht zu erkennen, dass öffentliche Belange des Raumordnungsrechts dem Vorhaben entgegenstehen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass das LB der Naturschutzverbände NRW den Sachlichen Teilplan Kalkstein als rechtswidrig einstuft, da er nicht im Einklang mit dem FFH-Recht stehe. Dieser Auffassung kann vor dem Hintergrund der Stellungnahmen des Dezernats 32 der Bezirksregierung Münster nicht gefolgt werden; zumal dem Kreis Steinfurt diesbezüglich auch keine Normverwerfungskompetenz zusteht.

Nach Prüfung und Beurteilung der von der Gemeinde Lienen vorgetragenen Aspekte hat sich das versagte Einvernehmen als rechtswidrig erwiesen, da die vorgetragenen Gründe nicht den Anforderungen des § 36 Abs. 2 Satz 1 BauGB entsprechen. Das versagte Einvernehmen wird daher durch den Kreis Steinfurt als immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde gemäß § 73 BauO NRW ersetzt.

Zusammenfassendes Prüfergebnis

Die Prüfung des Antrages durch die beteiligten Fachbehörden und den Kreis Steinfurt ergab, dass das Vorhaben bei Beachtung der in den Abschnitten IV. und V. dieses Genehmigungsbescheides aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweise sowie der Regelung im Tenor die in § 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes genannten Voraussetzungen erfüllt.

Das Vorhaben ist daher zu genehmigen.

VII. Kostenentscheidung

Die Kosten des Genehmigungsverfahrens trägt die Antragstellerin. Hierfür ergeht ein gesonderter Kostenbescheid.

VIII. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats Klage beim Verwaltungsgericht Münster erhoben werden.

Im Auftrag



Dr. Rolf Winters



Anlage

Dokumentation nach § 20 Abs. 1a und 1b der 9. BImSchV inclusive FFH-VP

Anlage zum Genehmigungsbescheid vom 20.11.2024

Az.: 67/3-566.0023/19/2.1.1

Zusammenfassende Darstellung und begründete Bewertung der Umweltauswirkungen nach § 20 Abs. 1a und 1b der 9. BImSchV i.V.m. der Beschreibung vorgesehener Überwachungsmaßnahmen und Erläuterungen zu den vorgenommenen begründenden Bewertungen gemäß § 21 Abs. 1b der 9. BImSchV inklusive

einer FFH-Verträglichkeitsprüfung

**bezüglich der wesentlichen Änderung des Steinbruchs Lienen-Höste in 49536 Lienen durch Aufhebung der Befristung und Reduzierung der tiefsten Abbau-
sohle im Erweiterungsbereich**

Antragsteller

Firma Dyckerhoff GmbH

Biebricher Str. 68,

65203 Wiesbaden

Inhaltsübersicht

1.0	Einleitung und Beschreibung des Vorhabens	2
1.1	Zielsetzung und Planungskonzept	6
1.2	Alternativen	6
1.2.1	Standortalternativen	6
1.2.2	Verfahrenstechnische Alternativen	6
2.0	Umweltauswirkungen und deren Bewertung	6
2.1	Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit	6
2.2	Schutzgut Tiere	9
2.3	Schutzgut Pflanzen	11
2.4	Schutzgut Biologische Vielfalt	11
2.5	Schutzgut Fläche	12

2.6	Schutzgut Boden	12
2.7	Schutzgut Wasser	13
2.8	Schutzgüter Klima und Luft	30
2.9	Schutzgut Landschaft	31
2.10	Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter	32
2.11	Schutzgut Wechselwirkungen zwischen den o.g. Schutzgütern	32
2.12	Auswirkungen des Vorhabens aufgrund der Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen	33
2.13	FFH-Verträglichkeitsprüfung	34
3.0	Zusammenfassung	47
4.0	Anlagen	47

1.0 Einleitung und Beschreibung des Vorhabens

Antragsgegenstand ist UVP-rechtlich ein Änderungsvorhaben nach § 2 Abs. 4 Nr. 2 a) UVPG, für das gemäß § 9 Abs. 1 UVPG i.V.m. § 1a der 9. BImSchV eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.

Der FFH-rechtliche Projektbegriff ist in Anlehnung an den UVP-rechtlichen Vorhabenbegriff zu verstehen (Nr. 4.1.1.1 der VV-Habitatschutz vom 06.06.2016; Rd. Erl. d. Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW). Insofern stellt das beantragte Vorhaben FFH-rechtlich ein Projekt dar.

Für den bestehenden Gewinnungsbetrieb (Steinbruch Höste der Firma Dyckerhoff GmbH) in der Flur 5 der Gemeinde Lienen wurden zwei immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbescheide erteilt. Die Ursprungs-genehmigung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Münster gemäß § 4 BImSchG stammt vom 23.05.1977. Mit Datum vom 25.02.1999 erteilte die Bezirksregierung Münster gemäß § 16 BImSchG u.a. die befristete Genehmigung zur Erweiterung des Steinbruchs Höste in westlicher Richtung um 10 Hektar. Der Steinbruch wird unter Verwendung von Sprengstoffen betrieben. Er dient der Gewinnung von Kalkstein, der im benachbarten Zementwerk der Firma Dyckerhoff GmbH verarbeitet wird. Der Abbau auf der Erweiterungsfläche wurde auf 25 Jahre befristet.

Die Lage des Steinbruchs Höste und das Anlagenumfeld gehen aus der als Anlage 1 beigefügten Luftbildaufnahme hervor. Über eine Zufahrtstraße i.V.m mit einer Reifenwaschanlage für LKW ist der Steinbruch an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Steinbrucherweiterung wurde ausweislich der Begründung des Bescheides vom 25.02.1999 eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Ferner erfolgten Prüfungen im Hinblick auf die FFH-Verträglichkeit.

Grundsätzliche Änderungen des Abbauverfahrens und des Einsatzes maschineller Geräte und Fahrzeuge sind mit dem Vorhaben nicht verbunden. Größe und Lage der Abbaufäche bleiben unverändert.

Die beantragte betriebliche Änderung besteht in der Aufhebung der Befristung. Ferner soll die tiefste Abbausohle von 125 m üNN auf 151 m üNN geändert werden. Der Abbau auf der Erweiterungsfläche soll als Trockenabgrabung erfolgen. Aus diesem Grund darf der Abbau zusätzlich nur mit einem Abstand von mindestens 10 m zum zu erwartenden höchsten Grundwasserstand (zehGW) erfolgen (siehe auch den Tenor des Genehmigungsbescheides).

Die Abbaufäche wird im Regionalplan als Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze dargestellt.

Bei UVP-pflichtigen Vorhaben sind die zu erwartenden bedeutsamen Auswirkungen auf die Umwelt, d.h. auf Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen, die biologische Vielfalt, die Fläche, den Boden, das Wasser, die Luft, das Klima, die Landschaft, das kulturelle Erbe und sonstige Sachgüter einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen im Hinblick auf die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten (Umweltverträglichkeitsprüfung). Hierbei ist auch eine mögliche Anfälligkeit eines Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen in den Blick zu nehmen. Es darf zu keinen erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die UVP-Schutzgüter kommen. Dies ist nach

dem jeweiligen Fachrecht zu beurteilen. Das UVPG enthält keine eigenständigen, von den fachrechtlichen Zulassungsvoraussetzungen unabhängigen materiellrechtlichen Vorgaben für die Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens (vgl. Bundesratsdrucksache 164/17 vom 17.02.2017; Seite 107, letzter Absatz).

Die Genehmigungsbehörde hat auf der Grundlage der Antragsunterlagen, der behördlichen Stellungnahmen im Genehmigungsverfahren, der Ergebnisse eigener Ermittlungen sowie der Äußerungen und Einwendungen Dritter eine zusammenfassende Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf die UVP-Schutzgüter, einschließlich der Wechselwirkungen, sowie der Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden, zu erarbeiten. Ferner sind die Merkmale des UVP-pflichtigen Vorhabens und des Standortes, mit denen erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die in § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden sollen darzulegen. Des Weiteren ist nach § 20 Abs. 1a Satz 1 Nr. 4 der 9. BImSchV eine zusammenfassende Darstellung der Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft zu erstellen. Auf der Basis der zusammenfassenden Darstellungen sind die Auswirkungen des UVP-pflichtigen Vorhabens gemäß § 20 Abs. 1b der 9. BImSchV begründend zu bewerten.

Die zusammenfassenden Darstellungen bezogen auf das jeweilige UVP-Schutzgut und die begründenden Bewertungen der Umweltauswirkungen nach Maßgabe des geltenden Fachrechtes werden zwecks Wahrung des Zusammenhangs und der übersichtlicheren Lesbarkeit in einem Text abgehandelt. Dies gilt auch für die Beschreibung vorgesehener Überwachungsmaßnahmen.

Informationsbasis der nachfolgenden Kapitel sind in der Regel die Antragsunterlagen und Unterlagen, auf die der Genehmigungsbescheid vom 25.02.1999 Bezug nimmt sowie Stellungnahmen der Fachbehörden und Einwendungen Dritter. Ferner wird auf das Wortprotokoll über den Erörte-

zungstermin am 11. und 12.05.2022 verwiesen sowie sich daran anschließende Gesprächstermine. Hier ist insbesondere das Fachgespräch vom 03.04.2023 zu nennen, an dem Vertreter und Vertreterinnen des Antragstellers, die Gutachter des Antragstellers sowie Bedienstete der Genehmigungsbehörde, der wasser- und naturschutzrechtlichen Fachbehörden des Kreises Steinfurt und der Bezirksregierung Münster sowie des LANUV und eine Vertreterin des Umweltministeriums NRW teilnahmen.

Sollten andere Quellen herangezogen werden, werden diese angegeben.

Die Umweltbelange werden vor dem Hintergrund des Fachrechts so aufbereitet, dass sie im Rahmen der Entscheidung über das Vorhaben Berücksichtigung finden können.

Als Bewertungsmaßstäbe kommen EU-rechtliche Vorschriften, fachgesetzliche Bestimmungen (z.B.: BImSchG, BNatSchG, WHG, AwSV) und Verwaltungsvorschriften sowie anerkannte Regeln der Technik, z.B.: TA Lärm, TA Luft, DIN 4150-2 bzw. DIN 4150-3, in Betracht.

Ein einheitliches UVP-Bewertungsschema steht derzeit nicht zur Verfügung. Um die wertenden Einschätzungen transparent zu machen, wird das verbal-argumentative Verfahren gewählt und ggfs. durch quantitative Darstellungen in Bezug auf das Fachrecht ergänzt.

Die direkt auf den Menschen möglichen Einwirkungen (Immissionen) bei der Errichtung und dem Betrieb des Steinbruchs umfassen im Wesentlichen Lärm-, Erschütterungs- und Staubimmissionen.

Neben immissionsschutzrechtlichen Aspekten stehen im hier zu betrachtenden Fall naturschutz- und wasserrechtliche Belange deutlich im Vordergrund, da das benachbarte FFH-Gebiet u.a. dem Schutz des LRT 7220* (Kalktuffquellen) dient. Aus der als Anlage 2 beigefügten Karte geht die Lage des Steinbruchs Höste in Bezug auf das FFH-Gebiet hervor. Die hier maßgebende Felsenquelle wurde in dem Ende der 90iger Jahre durchgeführten Genehmigungsverfahren nicht als LRT 7220* eingestuft. Die Ausweisung des FFH-Gebietes erfolgte im Jahre 2004.

1.1 Zielsetzung und Planungskonzept

Die Firma Dyckerhoff GmbH beabsichtigt mit der Umsetzung des Projektes die langfristige und unbefristete Absicherung ihrer Produktionsgrundlage am Standort Lengerich.

1.2 Alternativen

1.2.1 Standortalternativen

In immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist die vom Antragsteller getroffene Standortwahl i.V.m. der geplanten Anlage nach den Vorschriften des Immissionsschutzrechtes und nach sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu prüfen (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BImSchG). Die Vorschrift des § 6 BImSchG beinhaltet bei Nachweis der dort genannten Genehmigungsvoraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Genehmigung. Ermessen oder Abwägungsspielräume bestehen für die Genehmigungsbehörde insofern nicht. Der Steinbruch Höste liegt im Außenbereich der Gemeinde Lienen. Die Erweiterungsfläche dient dem planerisch gesteuerten Abbau von Bodenschätzen zur Versorgung der Volkswirtschaft mit Grundstoffen (hier: Kalkstein).

1.2.2 Verfahrenstechnische Alternativen

Verfahrenstechnische Alternativen, die dem Antragsteller abverlangt werden könnten, sind nicht zu erkennen, da der beantragte Gesteinsabbau sich im Rahmen des üblichen Standes der Technik bewegt.

2.0 Umweltauswirkungen und deren Bewertung

2.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Das Schutzgut Mensch kann aufgrund des Abbaus auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste durch Lärm- und Erschütterungsimmissionen beeinträchtigt werden. Ferner sind Beeinträchtigungen durch Schwebstaub und Staubbiederschlag möglich.

Wesentliche Lärmquellen auf der Abbaufäche sind die Durchführung von Gewinnungssprengungen, der Einsatz eines Bohrgerätes und eines Baggers sowie Lade- und Transportvorgänge. Ferner ist der Schwerlastverkehr von und zum Steinbruchgelände zu nennen.

Die Durchführung von Gewinnungssprengungen ist mit Erschütterungs-
immissionen verbunden, die sich auf im Einwirkungsbereich der Anlage
wohnende Menschen und dortige Wohngebäude auswirken können.

Der Betrieb auf der Abbaufäche kann durch die Abbau-, Umschlag- und
Ladetätigkeiten sowie die Transportvorgänge mit diffusen Staubimmission-
en verbunden sein, die in der Nachbarschaft zu Beeinträchtigungen führen
können.

Der Abbau auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste (und auf der
Erweiterungsfläche des Steinbruchs Hohne) wurde von der Bezirksregie-
rung Münster gemäß § 16 BImSchG durch Bescheid vom 25.02.1999 im-
missionsschutzrechtlich genehmigt. Diese Genehmigung ist bezogen auf
die o.g. Erweiterungsflächen befristet erteilt worden. Gegenstand des hier
beantragten betrieblichen Änderungsvorhabens ist die Aufhebung der zeit-
lichen Befristung.

Der Betrieb auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste erfolgt wei-
terhin nur während der Tagzeit, d.h. die schutzbedürftigere Nachtzeit (22:00
bis 06:00 Uhr) bleibt unberührt. Die nächstgelegenen Immissionsorte befin-
den sich im Außenbereich. Sie liegen zum einen ca. 225 m in südwestlicher
Richtung und zum anderen ca. 400 m in westlicher Richtung von der Erwei-
terungsfläche entfernt.

Die bisher aufgrund des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung
Münster vom 25.02.1999 erfolgten Lärm- und Erschütterungsmessungen in
Bezug auf die Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste (letztmalig doku-
mentiert im Messbericht vom 23.01.2024) waren nicht zu beanstanden. Die
zulässigen Immissionswerte wurden eingehalten.

Der Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999, mit dem die Erweiterungen der Steinbrüche Höste und Hohne zugelassen wurden, enthält umfangreiche Regelungen zum Immissionschutz, die mit dem o.g. Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 15.11.2021 in Bezug auf den Steinbruch Hohne im Wesentlichen fortgeschrieben wurden. Der Entfristungsbescheid bezüglich des Steinbruchs Höste trifft analoge Regelungen.

Die vom Antragsteller als Antragsunterlage vorgelegte Staubimmissionsprognose vom 10.07.2023 zeigt, dass nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen im Anlagenumfeld durch Staubbiederschlag oder Schwebstaub (PM 10 und PM 2,5) zu rechnen ist. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gesamtbelastung an Staubbiederschlag den Immissionswert der TA-Luft sicher einhält. Auch die Gesamtbelastung an Schwebstaub unterschreitet die Immissionswerte der TA-Luft deutlich. Die Gesamtzusatzbelastung an Schwebstaub (PM 10 und PM 2,5) durch den Steinbruch liegt in Bezug auf den Immissionswert auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Gesamtbelastung an Schwebstaub wird durch die Vorbelastung bestimmt.

Zu dem im Rahmen der Einwendungen vorgetragenen und im Erörterungstermin erläuterten Aspekt eines Wertverlustes von Immobilien durch Immissionen ist anzumerken, dass hier rechtlich kein erheblicher Nachteil zu konstatieren ist, wenn zulässige Immissionswerte eingehalten werden.

Mit der beantragten Aufhebung der Befristung sind keine erheblichen, nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch verbunden. Die an die Sicherstellung des Immissionsschutzes zu stellenden Anforderungen sind weiterhin gegeben.

2.2

Schutzgut Tiere

Insekten, Laufkäfer

Im Rahmen der Einwendungen des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW vom 17.08.2020 werden auf der Seite 18 mögliche vorhabenbedingte Einwirkungen von Staub auf Insekten, z.B. Laufkäfer, die bevorzugte Beute des Großen Mausohrs sind, thematisiert.

Nach der Entgegnung des Antragstellers vom 08.10.2020 (dortige Seite 19) sind derartige Immissionen aufgrund der grundsätzlichen Unschädlichkeit von Kalkstaub und des geringen Staubeintrags als unerheblich einzustufen. Nach der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt (uNB) zur Artenschutzprüfung ist hier keine Problematik zu erkennen. Auch aufgrund der als Antragsunterlage vorgelegten Staubimmissionsprognose sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass bzgl. der Laufkäfer eine Staubimmissionsproblematik bestehen könnte. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Laufkäfer sind insofern nicht zu konstatieren.

Uhu

Die im Rahmen des Erörterungstermins am 11.05.2022 diskutierten Aspekte bezüglich eines Uhu-Vorkommens im Steinbruch Höste stehen nicht im Zusammenhang mit dem beantragten Vorhaben. Ihnen kann im Zuge der naturschutzfachlichen Anlagenüberwachung nachgekommen werden.

Zwergfledermaus

Das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW teilt in seiner o.g. Einwendung auf der Seite 18 mit, dass sich in ca. 500 m Entfernung zur Bruchkante des Steinbruchs Höste eine Wochenstubenkolonie der Zwergfledermaus befindet und rügt, dass Auswirkungen von Erschütterungen auf diese Art nicht betrachtet wurden.

In seiner Entgegnung vom 08.10.2020 (Seite 18) verweist die Firma Dyckerhoff GmbH auf eine Fundstelle in der Literatur (Haensel & Thomas – 2006), wonach Fledermäuse, die Quartiere in nächster Entfernung zu Sprengungen aufsuchen, dadurch offensichtlich nicht erkennbar beeinträchtigt werden. Nach den Stellungnahmen der uNB zur Artenschutzprüfung ist hier

keine Problematik in Bezug auf das Vorhaben zu erkennen. Erhebliche nachteilige Auswirkungen durch Erschütterungen sind insofern nicht zu konstatieren.

Weitere planungsrelevante Tiere

Auf Basis des artenschutzrechtlichen Gutachtens vom 14.07.2023, das sich auf die Auswertung zahlreicher Kartierungen der Jahre 1997 und 2013 bis 2021 sowie dem Informationssystem des LANUV mit Kartierungen aus 2014-2016 stützt, kommt die uNB in ihrer Stellungnahme vom 09.10.2023 zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass aufgrund des Abbaufortschritts auf der Erweiterungsfläche im unmittelbaren Eingriffsbereich keine Habitate planungsrelevanter Arten betroffen sind. Sie führt aus, dass diesbezügliche Belange bereits in früheren Verfahren geprüft und bewältigt wurden. Sie verweist hier insbesondere auf die mit der Waldrodung verbundenen Beurteilungen und Maßnahmen und merkt ferner an, dass als Wirkfaktor hinsichtlich der Aufhebung der Befristung eine längere Dauer der Störungen (Lärm, Erschütterungen, Staub) für planungsrelevante Arten im Umfeld der Abgrabung in Betracht kommt. Die diesbezüglichen Darlegungen im Artenschutzgutachten werden von der uNB als fachlich begründet eingestuft. Dies betrifft u.a. sowohl mögliche Lärm- und Erschütterungseinwirkungen als auch Flucht- und Effektdistanzen. Eine Verletzung des Störungsverbots ist nicht zu konstatieren. Insgesamt stellt die uNB fest, dass artenschutzrechtliche Belange (Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG) durch das Vorhaben nicht betroffen sind. Nebenbestimmungen zum Artenschutz sind aus Sicht der uNB nicht erforderlich. Aufgrund dieser Bewertungen der uNB wird auf die sonstigen planungsrelevanten Arten im Umfeld des Vorhabens hier nicht gesondert eingegangen. Sie werden auf den Seiten 15 bis 22 des Artenschutzgutachtens im Einzelnen behandelt; hierauf sei an dieser Stelle verwiesen und angemerkt, dass es sich um folgende Arten handelt: Uhu, Waldohreule, Nachtigall, Feldsperling, Mäusebussard, Sperber, Waldkauz, Wespenbussard, Rotmilan, Baumpieper, Gartenrotschwanz, Waldlaubsänger, Kleinspecht, Star, Orpheusspötter, Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus, Bechsteinfledermaus und Zauneidechse.

Der Feuersalamander, die Zwergfledermaus, das Große Mausohr und der Schwarzspecht werden unter Abschnitt 2.13 (FFH-VP) behandelt, da sie zu charakteristischen Arten des FFH-Gebietes zählen.

2.3 Schutzgut Pflanzen

Mit der beantragten Entfristung ist keine Inanspruchnahme von Pflanzen (u.a. Wald) auf der Abbaufäche der Erweiterung des Steinbruchs Höste verbunden. Dortiger Wald wurde auf Basis des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 zulässigerweise gerodet. Die Abbaufäche ist vollständig verritzt. Es ist festzuhalten, dass sie nicht in dem FFH-Gebiet liegt.

In Bezug auf die Waldrodung erfolgten im Rahmen der naturschutzfachlichen Anlagenüberwachung in den Jahren 2020 und 2021 umfangreiche Prüfungen der uNB. Diese Prüfungen wurden in enger Abstimmung mit der höheren Naturschutzbehörde der Bezirksregierung Münster durchgeführt, wobei auch eine Einbeziehung des Umweltministeriums NRW erfolgte. Insofern ist die Waldrodung im Rahmen des Entfristungsverfahrens nicht zu betrachten. Festzuhalten sei an dieser Stelle auch, dass mögliche Auswirkungen auf ein Fledermaus-Vorkommen (Großes Mausohr) in der Kirche in Ledde (FFH-Gebiet) in die o.g. naturschutzfachlichen Prüfungen eingeflossen sind.

Mögliche Auswirkungen auf an die Abbaufäche angrenzenden Wald werden in dem Abschnitt FFH-Verträglichkeitsprüfung behandelt, da der Waldmeister-Buchenwald als LRT 9130 eingestuft ist. Gleiches gilt für die charakteristischen Moosarten des LRT 7220* (Kalktuffquelle).

2.4 Schutzgut Biologische Vielfalt

Aus den zusammenfassenden Darstellungen und Bewertungen zu den Schutzgütern Tiere und Pflanzen und der FFH-VP ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass die biologische Vielfalt als eigenständiges Schutzgut durch das Änderungsvorhaben erheblich beeinträchtigt werden könnte. An dieser Stelle sei erwähnt, dass hinsichtlich der zeitlichen Verzögerung

der Rekultivierung Waldmeisterbuchenwald auf einer Fläche von rd. 2 Hektar als Ersatz für Fichtenbestände entwickelt wird.

An dieser Stelle sei ferner angemerkt, dass außerhalb des Entfristungsvorgangs im Rahmen von Abstimmungen zwischen der uNB, dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW und dem LANUV Optimierungsmaßnahmen im LRT 7220* der Felsenquelle erarbeitet wurden, die auch einer Verbesserung der Artenvielfalt in diesem Bereich dienen können. Sie beziehen sich u.a. auf einen Umbau des quellnahen Fichtenforstes in Waldmeister-Buchenwald sowie eine Lenkung des Besucherverkehrs in dem FFH-Gebiet. Nach Mitteilung der uNB wäre es denkbar - über die o.g. geplanten Maßnahmen hinaus - die Mikrostandortvielfalt im Bachbett weiter zu erhöhen (Turbulenzhöhung durch Einbringung autochtoner Kalksteinelemente). Laut uNB könnte dies die Ansiedlungsmöglichkeiten für indikative Moosarten sowie die Voraussetzungen für die Kalktuffbildung verbessern.

2.5 Schutzgut Fläche

Hier ist anzumerken, dass durch das Vorhaben keine zusätzlichen Abbauflächen in Anspruch genommen werden und der Bereich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste durch den Regionalplan abgedeckt ist. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche sind nicht erkennbar; zumal der Bereich dem Rohstoffabbau (hier: Kalkstein) planerisch zugewiesen ist.

2.6 Schutzgut Boden

Die obigen Ausführungen zum Schutzgut Fläche gelten sinngemäß auch für das Schutzgut Boden. Die am Genehmigungsverfahren beteiligte untere Bodenschutzbehörde des Kreises Steinfurt teilt mit, dass gegenüber der Entfristung des Abbaubetriebs keine Bedenken bestehen. Auch im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ergaben sich keine Anhaltspunkte, denen näher nachzugehen wäre. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind nicht erkennbar.

Quellbereiche im Umfeld des Steinbruchs Höste

Im Umfeld des Steinbruchs Höste befinden sich Quellbereiche. In der als Anlage 3 beigefügten Karte (Übersichtslageplan) sind die Quellbereiche - von West nach Ost - mit den Bezeichnungen "Quelle bei Sudenfelder Straße", "Felsenquelle" mit "Quelle unterhalb Fuchsfarm", "Quelle Stilles Tal" und "Brüggeliet-Quelle" dargestellt. Ferner befindet sich südlich des Altsteinbruchs Höste und im östlichen Umfeld der Quelle "Stilles Tal" ein Quellbereich nördlich des Niggeweges.

Die Quellen werden vom Grundwasserkörper (GWK) 3_15 gespeist, dessen mengenmäßiger und chemischer Grundwasserzustand als "gut" bewertet wird (3. Bestandsaufnahme zum Bewirtschaftungsplan). Ein Risiko für eine Verschlechterung bis 2027 wird im Kontext der WRRL nicht gesehen. Diese wasserwirtschaftliche Bewertung und Einschätzung erfolgte auch vor dem Hintergrund, dass die weit überwiegenden Abbauflächen der Steinbrüche Hohne und Höste seit Jahrzehnten unbefristet betrieben werden und komplett im als „gut“ bewerteten GWK 3_15 liegen.

Nach Darstellung des hydrogeologischen Gutachters der Antragstellerin (Seite 20 des Hydrogeologischen Erläuterungsberichts vom Juni 2023) ist für das Vorhaben die Felsenquelle von Relevanz. Dies wird vom GD NRW, dem LANUV und der uWB geteilt. Die Relevanz besteht darin, dass die Abbaufäche des Erweiterungsbereichs des Steinbruchs Höste in das Einzugsgebiet dieses Quellbereiches (Felsenquelle mit Quelle unterhalb Fuchsfarm), der den Böckemühlenbach speist bzw. in ihn entwässert, eingreift. In der als Anlage 4 beigefügten Karte ist das oberirdische Einzugsgebiet der Felsenquelle und des Böckemühlenbachtales und dessen Reduzierung dargestellt. Durch den Abbau auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste verringert sich das oberirdische Einzugsgebiet der Felsenquelle von 6,0 Hektar auf 3,2 Hektar, d.h. um rd. 47 % (u.a. Stellungnahme des GD NRW vom 10.12.2020; Seite 4 Abs. 5).

Für die Einzugsbereiche der anderen Quellbereiche, inklusive des Quellbereichs "Sudenfelder Straße", ist das Vorhaben nicht relevant. Der Einwendung des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW vom 02.03.2022 (dortige Seite 10) es sei nicht eindeutig belegt, dass das Vorhaben nicht in das Quellsystem an der Sudenfelder Straße eingreife, kann nicht gefolgt werden. Die vom hydrogeologischen Gutachter der Antragstellerin durchgeführten Pumpversuche und deren Auswertung, die Basis der obigen Aussage sind und die von ihm in seiner Stellungnahme vom September 2020 (in der Fassung vom 07.01.2021) erläutert werden, werden vom GD NRW in seiner Stellungnahme vom 24.02.2021 als nachvollziehbar eingestuft. Dies wurde im Rahmen eines "Fachdialogs Kalktuffquellen" am 03.03.2021, an dem Vertreter und Vertreterinnen der Bezirksregierung Münster, des LANUV, des GD NRW, des Kreises Steinfurt und der Firma Dyckerhoff teilnahmen, bestätigt. Das wesentliche Ergebnis des o.g. Fachdialogs hinsichtlich des Entfristungsvorhabens für den Steinbruch Höste war, dass für die Felsenquelle Auswirkungen aufgrund des Eingriffs in das oberirdische Einzugsgebiet nicht gänzlich ausgeschlossen werden können (Seite 5, Abs. 3 des Ergebnisprotokolls der Bezirksregierung Münster über den o.g. Fachdialog). Die weiteren Darstellungen und Bewertungen zum Quellenschutz beziehen sich insofern auf die Felsenquelle, die auch Gegenstand eines weiteren Fachgesprächs im April 2023 war.

Felsenquelle

Die Besprechung möglicher Auswirkungen auf die Felsenquelle war ein wesentlicher Aspekt des Erörterungstermins am 11.05.2022 und dessen Nachbereitung.

Insbesondere im Rahmen des Fachgesprächs am 03.04.2023 wurde dann nochmals deutlich, dass hinsichtlich des Schutzes der Felsenquelle zwei Aspekte von ausschlaggebender Bedeutung sind: Zum einen sind mögliche Auswirkungen des Vorhabens auf die Schüttungscharakteristik der Quelle in den Blick zu nehmen. Ferner gilt es, Auswirkungen auf den Wasserchemismus zu betrachten.

Die Felsenquelle und Teile des Böckemühlenbachs sind als LRT 7220* Bestandteil des dem Steinbruch Höste benachbarten FFH-Gebiets. Mögliche erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind hier insofern unmittelbar mit dem Schutz des o.g. FFH-Gebietes verknüpft. (Der Abschnitt 2.13 dieses Dokuments enthält Darstellungen und Bewertungen hinsichtlich der FFH-Verträglichkeitsprüfung).

Die Felsenquelle befindet sich auf einer Höhe von 122 m üNN. Sie ist der nördliche Ausgangspunkt des Böckemühlenbachs. Die Schüttungscharakteristik ist intermittierend. Die als Anlage 5a und 5b beigefügten Fotos geben einen Eindruck über den Quellbereich der Felsenquelle. Die Quellschüttung ist grundwasserstandsabhängig (Überlaufquelle). Sie beginnt bei einem Grundwasseranstieg über 122 m üNN zu schütten.

Hydrochemisch ist das Quellwasser dadurch charakterisiert, dass es aufgrund seines Ursprungs aus dem Aquifer im Kalksteingebirge einen sehr hohen Kalkgehalt aufweist, der für den sich anschließenden Lebensraum des Böckemühlenbachs - neben dem Schüttungsverhalten - essenziell ist.

Die Grundwasserstände im Bereich des Steinbruchs Höste unterliegen nach den Ergebnissen, die die Grundwassermessstelle 3/97 seit rd. 25 Jahren liefert, starken Schwankungen.

Der höchste Grundwasserstand betrug bisher rd. 141 m üNN. Das 99 %-Perzentil des Grundwasserstandes weist einen Wert von 136 m üNN auf. Das 90 %-Perzentil liegt bei 130 m üNN. Die als Anlage 6 beigefügte graphische Darstellung zeigt den zeitlichen Verlauf der Messdaten der Grundwassermessstelle 3/97.

Eine Abgrabung bis auf eine Sohle von 125 m üNN - wie zunächst beantragt - wäre mit einem deutlichen Eingriff in den Grundwasserschwankungsbereich verbunden. Aufgrund der Stellungnahmen der Fachbehörden und des LANUV im laufenden Genehmigungsverfahren zeigte sich, dass dieser Eingriff mit einer nicht vertretbaren Wahrscheinlichkeit zu erheblichen nachtei-

ligen Auswirkungen auf die Felsenquelle führt. Ein Eingriff bis in diesen Bereich hinein kann z.B. die Strömungsverhältnisse im Grundwasserkörper nach Darlegungen des LANUV so ändern, dass die Quelle versiegt und Grundwasser an anderen Stellen austritt. Ferner seien erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Wasserchemismus zu befürchten und nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auszuschließen.

Um einen Eingriff in den Grundwasserschwankungsbereich und auch eine fiktive erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung zu vermeiden, modifizierte die Antragstellerin ihr Vorhaben, wobei die tiefste Abbausohle so festgelegt wurde, dass eine Deckschicht von mindestens 10 m oberhalb des zu erwartenden höchsten Grundwasserstandes (zehGW) verbleibt. Dies war auch der Ausgangspunkt für das o.g. Fachgespräch im April 2023. Im Nachgang hierzu wurde der Antragsgegenstand hinsichtlich der tiefsten Abbausohle auf eine Höhe von 151 m üNN geändert.

Die uWB teilt in ihrer Stellungnahme vom 10.10.2023 hierzu folgendes mit:

“Mit der Festlegung einer Abbausohlhöhe von 151 m üNN liegt diese 10 m über dem zu erwartenden höchsten Grundwasserstand (zehGW) und erfüllt damit die im Erlass des MKULNV NRW vom 30.06.2016 formulierten Maximalvorgaben für ein Trockenabbauverfahren.”

Hinsichtlich einer Deckschichtmächtigkeit für Trockenabgrabungen in stark geklüftetem Kalkstein von mindestens 10 m teilt die uWB in ihrer Stellungnahme vom 21.12.2023 mit, dass dieser Wert auf Basis von Anwendungsempfehlungen des LANUV, die Besprechungsergebnisse im MKULNV vom 27.07.2016 bzgl. der Konsequenzen aus dem Urteil des OVG NRW zur WSG-VO im Warsteiner Kalkmassiv vom 18.11.2015 beinhalten, folgende Aspekte umfasst:

- 5 m, insbesondere zum Schutz vor Stoffeintrag und Verdunstung
- 2 m bezüglich möglicher Auswirkungen von Sprengtätigkeiten (Stichwort: Tiefe von Verritzungen)

- 1 m zum Schutz vor Druckänderungen, GW-Anstieg als Folge der Druckentlastung
- 2 m zusätzlicher Sicherheitsabstand, da keine durchgehende Grundwasseroberfläche vorhanden ist und ein unbeabsichtigtes Freilegen wasserführender Schichten vermieden werden soll

Die uWB weist in der o.g. Stellungnahme daraufhin, dass die Anwendungsempfehlungen nach eigener Charakterisierung als Diskussionsgrundlage aufzufassen sind.

Um Prognoseunsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Dynamik der Grundwasserstände (z.B. Effekte des Klimawandels) aufzufangen, wird nach Rücksprache mit der Bezirksregierung Münster im Genehmigungsbescheid eine dynamische Anpassung der tiefsten Abbausohle an den zehGW als zusätzliche Sicherungsmaßnahme implementiert.

Zusammenfassend kann hier festgehalten werden, dass nach Modifikation des Vorhabens aus Sicht der Wasserbehörden eine Trockenabgrabung vorliegt, durch die dem Grundwasserschutz hinreichend Rechnung getragen wird. Ferner sei aus der Entscheidung der Bezirksregierung Münster vom 18.06.2024 zur Fachaufsichtsbeschwerde der Bürgerinitiative PRO TEUTO e.V. gegen den Kreis Steinfurt zitiert. Dort wird zur Frage einer wasserrechtlichen Erlaubnispflicht folgendes dargelegt:

„Im Rahmen des Verfahrens hat sich der Kreis Steinfurt intensiv mit den Themen wasserrechtliche Erlaubnisse / fiktive Gewässerbenutzung und hydrogeologische Beweissicherung befasst. Die Einschätzung, dass auf Basis der vorgelegten modifizierten Antragsunterlagen (Datum 24.07.2023) kein genehmigungsbedürftiger Benutzungstatbestand des Grundwassers vorliegt, ist daher aus meiner Sicht nicht zu beanstanden und steht im Einklang mit der geltenden Rechts- und Erlasslage zu dieser Thematik.“

Hydrogeologisch relevante Aspekte

Der hydrogeologische Erläuterungsbericht des Gutachters der Antragstellerin vom Juni 2023 bezieht sich auf diese Trockenabgrabung und beinhaltet Darlegungen bezüglich des Schüttungsverhaltens der Felsenquelle und des Wasserchemismus (Stichwort: Kalktuffbildungspotential). Dort wird auch auf die Ableitung des zu erwartenden höchsten Grundwasserstandes (zehGW) eingegangen, auf den sich die Restmächtigkeit von 10 m bezieht. Nachfolgend wird zunächst das Thema Schüttungscharakteristik und dann der Wasserchemismus behandelt. Ferner wird die Ableitung des zehGW dargestellt.

Auswirkungen des Vorhabens auf das Schüttungsverhalten der Felsenquelle

Eine Auswirkung des Vorhabens auf das intermittierende Schüttungsverhalten der Felsenquelle schließt der Gutachter der Antragstellerin aus (Seite 24 des Hydrogeologischen Erläuterungsberichts). Er begründet dies damit, dass die die Grundwasserdynamik bestimmende Grundwasserneubildung durch das Vorhaben nur unwesentlich geändert wird. Er führt aus, dass es prognostisch zu einer Erhöhung der Grundwasserneubildung kommt und sich somit der unterirdische Abfluss um rd. 20.000 m³/a erhöht. Dies entspricht rechnerisch einer Erhöhung des Gesamtabflusses um rd. 0,65 l/s. Vor dem Hintergrund von ermittelten Schüttungsmengen der Felsenquelle von bis zu 157 l/s und einer mittleren Schüttung von 14,5 l/s ist die zu erwartende Veränderung aus Sicht des Gutachters vernachlässigbar. Diese Zusammenhänge erläuterte er auch im Rahmen des Fachgesprächs am 03.04.2023.

Der o.g. Wert von 20.000 m³/a ergibt sich aus gutachterlichen Betrachtungen des Wasserhaushalts. Er wird im Kapitel 2.3 (Ergänzende Bewertung der Veränderung des Wasserhaushalts) des Hydrogeologischen Erläuterungsberichts vom Juni 2023 dargelegt und erläutert.

Den Stellungnahmen der unteren und der oberen Wasserbehörde lassen sich keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass die Darstellungen des

Gutachters nicht plausibel sein könnten. Insofern sind auf Basis des anzuwendenden Fachrechts keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schüttungsverhalten der Felsenquelle zu konstatieren.

Auswirkungen des Vorhabens auf den Wasserchemismus der Felsenquelle und mögliche Verunreinigungen des Quellwassers durch Entfernung und Reduzierung der Deckschicht

Nach den Darstellungen des Gutachters der Antragstellerin im Fachgespräch am 03.04.2023 und insbesondere den Ausführungen in seiner Stellungnahme vom 29.06.2023 (WWU Münster, AG Ökohydrologie und Stoffkreisläufe, FB Geowissenschaften, Herr Prof. Dr. Knorr) kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die spezifische Charakteristik des Quellwassers (Hohes Kalktuffbildungspotential) maßgeblich durch den Aufenthalt und die Verweilzeiten im tiefliegenden Aquifer und den dort stattfindenden Lösungsvorgängen (Aufnahme von Calcium) bestimmt wird. Die Mächtigkeit der ungesättigten Zone über dem grundwassererfüllten Kalkstein und damit die Länge der Sickerstrecken haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Verweilzeiten von Niederschlag im Sickerraum sind offenbar gering. Dies zeigt die sehr rasche Reaktion gemessener Grundwasserstände auf Niederschlagsereignisse (siehe Seite 26 des Hydrogeologischen Erläuterungsberichts vom Juni 2023).

Anhaltspunkte dafür, dass mit dem Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Wasserchemismus der Felsenquelle verbunden sein könnten, sind nicht zu erkennen.

Auch der vom LANUV und dem Landesbüro der Naturschutzverbände NRW durch eine Reduzierung der Deckschicht befürchtete Eintrag von Verunreinigungen und damit verbundene Beeinträchtigungen des Grundwassers wird von der uWB als unkritisch eingestuft. Sie verweist diesbezüglich auf Folgendes:

Nach der hydrogeologischen Karte wird im Falle der Steinbrüche Hohne und Höste eine geringe Schutzfunktion der Bodenüberdeckung über dem Grundwasser ausgewiesen, wobei auch der Gutachter der Antragstellerin

aufgrund der geringen Mächtigkeit (kleiner 0,3 m) sowie des geringen Rückhaltevermögens des Bodens nicht von einer erheblichen abbaubedingten Reduzierung des pedologischen Geschütztheitsgrades ausgeht. Die Kalksteinbrüche Hohne und Höste werden seit Jahrzehnten betrieben. Der unterhalb dieser Steinbrüche liegende Grundwasserkörper ist in einem guten Zustand.

Grundwassermonitoring und Ermittlung des zu erwartenden höchsten Grundwasserstandes (zehGW) zwecks Definition der Trockenabgrabung
Basis für die Bestimmung des zehGW durch die uWB ist die Grundwassermessstelle (GWMS) 3/97.

Sowohl von den Naturschutzverbänden als auch vom LANUV wird kritisiert, dass es im Bereich des Steinbruchs Höste lediglich eine GWMS gibt. Es wird in Frage gestellt, ob sie hinreichende Informationen über die relevanten Grundwasserverhältnisse liefern kann. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass sie im Altsteinbruch Höste liegt und bedingt durch den erfolgten Abbau kein verwertbar realistisches Bild der Grundwasserstände zu vermitteln vermag. Diese Einwendungen wurden auch im Erörterungstermin am 11.05.2022 intensiver diskutiert.

Ob das Grundwassermonitoring im Bereich des Steinbruchs Höste als defizitär und ungeeignet zu charakterisieren ist, wurde im Nachgang zum Erörterungstermin zwischen den Fachbehörden (untere und obere Wasserbehörde) intensiv besprochen und erörtert. Zunächst ist festzuhalten, dass im Fall der Steinbrüche Hohne und Höste zumindest über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren Datenreihen über Grundwasserstände vorliegen, wobei die Vorgabe des Erlasses (Datenreihen von mehr als 30 Jahren) nicht erfüllt ist. Es wurde deutlich, dass die Grundwassermessstellen (GWMS) im Umfeld der Steinbrüche Hohne und Höste ein Netz bilden, das insgesamt Informationen über Grundwasserstände im Grundwasserkörper GW 3_15 liefert. Die Ergebnisse der einzelnen GWMS können untereinander verglichen und hydrogeologisch analysiert werden. Aus Sicht der uWB sind die Daten der GWMS 3/97 insofern fachlich geeignet als Basis für die Festlegung einer Trockenabgrabung zu dienen. Nach Beurteilungen der oWB und

der uWB ist die derzeitige Konzeption der hydrogeologischen Beweissicherung fachlich geeignet und angemessen, um die lokalen hydrogeologischen Verhältnisse abzubilden und eventuelle nachteilige Auswirkungen zu identifizieren. Insofern kann den grundsätzlichen Bedenken der Naturschutzverbände und des LANUV nicht gefolgt werden.

Der GD NRW geht in seiner Stellungnahme vom 13.10.2023 davon aus, dass "aufgrund der vorgelegten Daten in der Erweiterungsfläche ein Flurabstand und damit eine ungesättigte Sickerstrecke von 10 m gewahrt bleibt." Er hält die auf Grundlage der vorliegenden GW-Daten vom Gutachter prognostizierte Entwicklung der GW-Dynamik für nachvollziehbar und plausibel.

Die Installation einer zusätzlichen GWMS im Bereich der Felsenquelle ist aus Sicht der uWB und des GD NRW zur weiteren Verdichtung des GWMS-Netzes zweckmäßig. Weitere zusätzliche GWMS können aus Sicht der oberen Wasserbehörde als Ergänzung zur Beweissicherung zwecks noch besserer Beurteilung möglicher Auswirkungen durch den Steinbruch Höste und als weitere Erkenntnisquelle eingestuft werden. Auf Basis einer Antragsunterlage wird das GWMS-Netz in Abstimmung mit der uWB um weitere GWMS ergänzt. Eine entsprechende Nebenbestimmung ist in den Genehmigungsbescheid eingeflossen. Die Vorgehensweise wurde im Januar 2024 grundsätzlich mit der Bezirksregierung Münster abgestimmt.

Insgesamt bestehen seitens der uWB keine Bedenken, den an der GWMS 3/97 höchsten GW-Stand von rd. 141 m üNN als Bezugspunkt für die Definition einer Trockenabgrabung zu verwenden (u.a. Stellungnahme vom 21.12.2023). Bezüglich des vom LANUV in seiner Stellungnahme vom 26.10.2023 angesprochenen pauschalen Höhenzuschlags von 4 m im nördlichen Bereich der Abbaufäche weist die uWB auf den Abbauplan und die in nördlicher Richtung - beginnend bei 151 m üNN (tiefste Abbausohle) - über mehrere Höhenstufen (160 m üNN, 170 m üNN, 180 m üNN, 190 m üNN) bis an die Abgrabungsgrenze von 202 m üNN ansteigenden Abbausohlen hin. In den Stellungnahmen der Bezirksregierung Münster und des

GD NRW findet sich keine Forderung nach einem pauschalen Zuschlag von 4 m. Dieser Zuschlag auf den zehGW ist nach der uWB nicht vorzunehmen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass der Gutachter der Antragstellerin die Verwendung eines Wertes von 141 m üNN (100-er Perzentil der GWMS 3/97) als zehGW zwecks Definition einer Trockenabgrabung als fachlich unange- messen hoch einstuft (Kapitel 2.7 des Hydrogeologischen Erläuterungsbe- richts vom Juni 2023).

Er begründet seine Auffassung wie folgt:

Zunächst verweist er auf den hohen Abstand zu den darunter folgenden Höchstwasserständen und merkt an, dass die Verifikation des o.g. Ansatzes mit dem 100-% Perzentil der umliegenden Messstellen und der Abbaupla- nung zeigt, dass sich hierdurch aus seiner Sicht weitere (zusätzliche) Si- cherheitszuschläge bzw. Puffer im Hinblick auf eine Trockenabgrabung er- geben. Dies sei vorsorglich und im Hinblick auf die Diskussion über Prog- noseunschärfen im bisherigen Verfahrensablauf jedoch beibehalten wor- den. Er legt dar, dass der südliche und zentrale Teil des geplanten Abbaus 15-20 m über dem zehGW von 141 m üNN liegt und führt aus, dass der nördliche Teil der Abbaufäche infolge der notwendigen Bermen deutlich über dem geforderten Abstand von 10 m liegt. In der als Anlage 7 beigegefü- gen Karte ist die Abbausituation im Endzustand dargestellt.

Der Gutachter weist zusammenfassend daraufhin, dass formulierte Richt- werte für Trockenabbau, die einen Mindestabstand von mehr als 5 – 10 m zum zehGW vorsehen, um von vornherein eine Beeinflussung des Grund- wassers in hydraulischer und / oder hydrochemischer Hinsicht zu vermei- den, deutlich eingehalten werden. Er merkt an, dass somit mit dem Vorha- ben keine wasserrechtlichen Regelungstatbestände verknüpft sind und Be- einträchtigungen des Grundwassers vermieden werden.

Schutz der Felsenquelle analog dem Vorgehen bei der Festlegung eines Trinkwassereinzugsgebiets?

Dieser Aspekt wird i.R. der Stellungnahme des LANUV vom 26.10.2023 neu in das Verfahren eingeführt. Er war nicht Gegenstand des Fachgesprächs am 03.04.2023.

Die uWB kommt in ihrer Stellungnahme vom 21.12.2023 diesbezüglich zu folgenden Einschätzungen:

Zunächst weist sie daraufhin, dass das LANUV einerseits ausführt, die Schutzanforderungen eines Trinkwasserbrunnens seien nicht mit den Schutzanforderungen einer natürlicherweise schüttenden Karstquelle zu vergleichen und andererseits anregt, im Hinblick auf die Felsenquelle fiktiv Betrachtungen analog der Ausweisung von Wasserschutzgebieten durchzuführen (Stichwort: u.a. 50-Tageslinie auf Grundlage der Abstandsgeschwindigkeit berechnen wie für die Zone II in einem WSG). Vor diesem Hintergrund könnten dann womöglich Verbotstatbestände nach der Landesweiten Wasserschutzgebietsverordnung oberirdischer Bodenschatzgewinnung (LwWSGVO-OB) analog in Betracht zu ziehen sein. Die uWB merkt an, dass diese Rechtsverordnung hier nicht anwendbar ist. Sie dient ausdrücklich dem Schutz der öffentlichen Wasserversorgung bei oberirdischen Bodenschatzgewinnungen in Trinkwasserschutzgebieten. Die uWB teilt mit, dass die o.g. Rechtsverordnung zwecks Beurteilung des Vorhabens auch nicht hilfsweise heranzuziehen oder anzuwenden ist, da es sich beim Steinbruch Höste nicht um ein Trinkwassereinzugsgebiet handelt. Sie verweist ferner u.a. auf das Fachgespräch am 03.04.2023 und die dort erörterten Aspekte im Hinblick auf den FFH-rechtlichen Schutz der Felsenquelle als LRT 7220*. Aus Sicht der uWB ist auch ein ersatzweiser Rückgriff auf Vorgaben zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung insbesondere nach den Ergebnissen des o.g. Fachgesprächs bezüglich des Schutzes der Felsenquelle als grundwasserabhängiges Landökosystem nicht in Betracht zu ziehen.

Verwendung von wassergefährdenden Stoffen auf der Abbaufäche

Als wassergefährdende Stoffe sind neben den Betriebsstoffen der technischen Geräte und Fahrzeuge (z.B. Dieselkraftstoff und Hydraulikflüssigkeiten) die verwendeten Sprengmittel in den Blick zu nehmen.

Aus Sicht der uWB ist mit der Verwendung der Sprengmittel keine wasserrechtliche Problematik verbunden. Unter Hinweis auf eine fachgutachterli-

che Stellungnahme wird festgestellt, dass keine Gefährdung des Wasserhaushaltes durch den Sprengmitteleinsatz besteht. Diesem Prüfergebnis schließt sich die uWB an.

Der Einsatz von wassergefährdenden Betriebsstoffen in den technischen Geräten und Fahrzeugen auf der Abbaufäche erfolgt entsprechend dem Stand der Technik. Die Antragstellerin legt in der Antragsunterlage Nr. 4.1.8 (Maßnahmen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) dar, dass Wartungs-, Inspektions- und Reinigungsarbeiten der Steinbruchfahrzeuge sachgemäß in der betriebseigenen Werkstatt und auf einem Waschplatz auf dem Werksgelände in Lengerich durchgeführt werden. Im Steinbruch Höste erfolgt keine Lagerung von festen oder flüssigen wassergefährdenden Stoffen (Angabe der Antragstellerin auf Formular 8.1, Blatt 2 der Antragsunterlagen).

Eine wasserrechtliche Problematik im Hinblick auf das Thema „Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ist aus der Sicht der uWB nicht gegeben.

Zusammenfassend ist insgesamt zu konstatieren, dass die Felsenquelle aufgrund der Darlegungen des Gutachters und den Prüfungen der unteren Wasserbehörde ihren intermittierenden Charakter nicht verlieren wird. Die Auswirkungen auf die Schüttungsmengen durch Änderung der Grundwasserneubildungsraten sind als gering zu bewerten. Gleiches gilt aufgrund der geringen Verweilzeiten auch für die Reduzierung der Sickerstrecken. Auch eine signifikante Veränderung des Chemismus des Quellwassers ist nicht zu erwarten, da die Felsenquelle wesentlich aus dem tief liegenden Aquifer gespeist wird. Eine Gefährdung der Felsenquelle durch die Verwendung wassergefährdender Stoffe auf der Abbaufäche ist nicht zu konstatieren. Die UVP hinsichtlich des Schutzgutes Wasser ergab, dass nach Modifikation des Vorhabens nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzobjekt Felsenquelle zu rechnen ist.

(An dieser Stelle sei noch einmal festgehalten, dass nach Prüfung der unteren Wasserbehörde für das modifizierte Vorhaben keine wasserrechtliche Zulassungspflicht besteht.)

Wasserrechtliche Schutzgebiete

Zunächst ist zu konstatieren, dass im Umfeld des Vorhabens keine Überschwemmungs- oder Heilquellenschutzgebiete liegen.

Nördlich des Steinbruchs Höste befindet sich ein Teil des Wasserschutzgebietes „Schollbruch“ (siehe die als Anlage 8 beigefügte Karte). Die orange dargestellte Fläche gibt einen Teil der Schutzzone III b wider.

Bezüglich des WSG ist festzuhalten, dass das Dezernat 54 (Wasserwirtschaft) der Bezirksregierung Münster im Rahme der Stellungnahme vom 19.10.2023 folgendes mitteilt: „Im Bereich des o.g. Vorhabens (gemeint ist das beantragte Vorhaben) sind keine Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung und keine Wasserschutzgebiete vorhanden.“

In seiner Stellungnahme vom 06.11.2021 teilt das Dezernat 54 mit, dass seine Belange nicht berührt werden.

Hinsichtlich der Abgrenzung des regionalen Untersuchungsgebietes bei der Ausweisung des Wasserschutzgebietes „Schollbruch“ weist die Antragstellerin in ihrer Stellungnahme vom 06.10.2020 auf eine unterirdische Wasserscheide hin und merkt an, dass sie im Wasserschutzgebietsverfahren als Abgrenzung des Wasserschutzgebietes diene und fachlich anerkannt wurde. Die Festsetzung des Wasserschutzgebietes Schollbruch erfolgte im Jahre 2016.

Als Ergebnis sind aufgrund der Beteiligung der wasserrechtlichen Fachbehörden keine Anhaltspunkte dafür zu erkennen, dass mit dem beantragten Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die öffentliche Wasserversorgung und auf Wasserschutzgebiete verbunden sein könnten.

EU-Wasserrahmenrichtlinie

Unterhalb der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste befindet sich der Grundwasserkörper GWK 3_15 „Teutoburger Wald (Nordwest)“. Er ist in einem quantitativen und qualitativen guten Zustand. Anhaltspunkte dafür, dass das Verschlechterungsverbot aufgrund des beantragten Vorhabens (Trockenabgrabung) verletzt werden könnte, sind auf der Grundlage des modifizierten Antrags und der hierzu ergangenen Stellungnahmen der uWB und der oWB nicht zu erkennen.

Fragenkatalog des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW an den Kreis Steinfurt vom 03.11.2023 zu wasserrechtlichen Aspekten

Der Fragenkatalog bezieht sich insbesondere auf das hydrogeologische Beweissicherungskonzept. Viele Fragen stehen im Zusammenhang mit dem von der Bezirksregierung Münster im Jahre 2021 abgeschlossenen Verfahrens hinsichtlich der Aufhebung der Entfristung einer Erweiterungsfläche des Steinbruchs Hohne.

Auf die Fragen wird nachfolgend zusammenfassend eingegangen:

Messpunkt an der Quelle östlich der Sudenfelder Straße

Eine Verlegung des Messpunktes im Sinne der Forderung des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW ist aus Sicht der Fachbehörden nicht notwendig, um eine ausreichende Überwachung zu gewährleisten. Relevante Auswirkungen des Vorhabens auf diesen Quellbereich sind mit dem beantragten Vorhaben nicht verbunden.

Bewertung der Pumpversuche durch ein zweites Gutachterbüro

In die Bewertung der Pumpversuche wurde der GD NRW intensiv einbezogen. Aus Sicht der wasserrechtlichen Fachbehörden haben sich im Ergebnis keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass das Einholen eines zweiten Gutachtens auf der Grundlage des § 13 der 9. BImSchV angezeigt wäre. Methodische Mängel, die dies rechtfertigen würden, z.B. bei der kf-Wert-Ermittlung und der Auswertung der Ergebnisse, sind insofern nicht zu konstatieren.

Auf Basis der Pumpversuche und Prüfungen der uWB (Verfahren Höste) i.V.m. den Prüfungen des GD NRW ist auch hinreichend belegt, dass erhebliche Beeinträchtigungen des Quellbereichs östlich der Sudenfelder Straße nicht zu erwarten sind, da in das Einzugsgebiet dieses Quellbereiches nicht eingegriffen wird.

Angaben zur Entwässerung der Abbauflächen im hydrogeologischen Beweissicherungsbericht

Diese Frage bezieht sich nach Mitteilung der uWB offenbar auf den Steinbruch Hohne. Der Frage wurde dementsprechend hier nicht weiter nachgegangen.

Messstelle im Bereich AB 34, Auswirkungen von Nutzungsänderungen, Quellschüttungsmessungen

Die Messstelle AB 34 liegt im Steinbruch Hohne. Der Gutachter weist (informativ) daraufhin, dass an der Felsenquelle, die für das Entfristungsvorhaben bezüglich des Steinbruchs Höste maßgebend ist, die Forderung nach Quellschüttungsmessungen erfüllt wird.

Regelmäßige hydrochemische Überwachung der Quellen

Zu diesem Aspekt sei auf die Nebenbestimmung Nr. IV 3.1 dieses Genehmigungsbescheides verwiesen, wobei sich auch zur Frage der hydrochemischen Überwachung in der o.g. Entgegnung (vgl. die dortige Seite 14) gutachterliche Ausführungen finden. Dort wird dargelegt, dass mittlerweile umfangreiche hydrochemische Befunde bezüglich der Felsenquelle vorliegen, die durch einen ausgewiesenen Experten fachlich im Hinblick auf das Kalktuffbildungspotential bewertet worden sind.

Aufhebung der Schwärzungen bei Eigentümern von privaten Hausbrunnen

Hierzu sei aus der o.g. Entgegnung des Gutachters zitiert. Auf der Seite 15 wird folgendes angemerkt: „Die Anregungen der Naturschutzverbände werden von der Firma Dyckerhoff GmbH aufgegriffen und im Hinblick auf Umsetzbarkeit aus datenschutzrechtlicher Sicht überprüft.“

Aspekte im Zusammenhang mit der Messstelle AB 43

Aspekte im Zusammenhang mit der Messstelle AB 43 sind im Verfahren bezüglich der Entfristung des Steinbruchs Hohne behandelt worden. Dies betrifft auch die Frage der hydraulischen Beeinflussung.

Reichweitenberechnung für die hydrogeologische Beweissicherung

Dieser Aspekt ist von der uWB sowie dem GD NRW auf der Grundlage gutachterlicher Betrachtungen geprüft worden.

Bezüglich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste, die Gegenstand dieses Verfahrens ist, ist zu konstatieren, dass dieser Abbaubereich nicht im Einzugsgebiet des Quellbereiches östlich der Sudenfelder Straße liegt. Begründete Zweifel an diesem Sachverhalt sind aus Sicht der uWB nicht gegeben.

Umgang mit der Kritik des LANUV und Forderung nach einer Überprüfung der Ermittlung des zehGW durch ein Zweitgutachten

Das LANUV befasst sich in seiner Stellungnahme vom 26.10.2023 in weiten Strecken mit Fragen des Erfordernisses einer wasserrechtlichen Zulassung für das modifizierte Vorhaben. Die in Rede stehende Zulassung wird vom § 13 BlmSchG nicht erfasst und wäre separat bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Dem nach § 10 Abs. 5 BlmSchG ggfs. bestehenden Koordinierungsgebot wurde durch enge Einbeziehung der uWB in das Genehmigungsverfahren umfassend Rechnung getragen. Die uWB hat sich in fachlicher Abstimmung mit der oWB intensiv mit der wasserrechtlichen Zulassungsfrage befasst. Ergebnis dieser wasserrechtlichen Prüfungen war, dass wasserrechtlich zulassungsfreie Tatbestände in Bezug auf eine Trockenabgrabung vorliegen, so dass keine wasserrechtliche Erlaubnispflicht besteht.

Sowohl der GD NRW (Stellungnahme vom 13.10.2023) als auch die Bezirksregierung Münster (Stellungnahme vom 19.10.2023) kommen zu dem Ergebnis, dass dem Entfristungsantrag in seiner modifizierten Fassung zugestimmt werden kann. Der vom Gutachter ermittelte zehGW ist aus Sicht der uWB in Abstimmung mit der oWB nicht zu beanstanden. Sie verweist auch auf die diesbezüglichen Einschätzungen des GD NRW in seiner o.g. Stellungnahme. Er geht davon aus, dass "aufgrund der vorgelegten Daten in der Erweiterungsfläche ein Flurabstand und damit eine ungesättigte Sickerstrecke von mindestens 10 m gewahrt bleibt." Er hält die Ermittlung des zehGW für plausibel im Vergleich und mit Bezug auf weitere Grundwassermessstellen.

Anhaltspunkte dafür, ein Behördengutachten im Sinne des § 13 der 9. BImSchV in Auftrag zu geben, sieht die uWB nicht. Ein diesbezügliches Erfordernis wird verneint.

Wasserrechtliche Zulassungen für offene Gräben und für die Drainierung von Grundwassermessstellen

Diesbezügliche Fragen beziehen sich auf den Steinbruch Hohne und sind dementsprechend nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Plausibilitätsprüfungen von Grundwassergleichen durch ein zweites Gutachterbüro

Hierzu sei auf die Ausführungen des Sachverständigen auf den Seiten 18 und 19 seiner Entgegnung vom April 2020 mit Ergänzungen vom August 2020 zu Einwendungen der Naturschutzverbände verwiesen. Die Darlegungen des Gutachters zur Gewinnung von Grundwasserlinien, zum angenommenen Grundwasseraufstau an Schichtgrenzen, zur Frage der Grundwasserneubildung und zur Fließumkehr sind von der uWB nicht zu beanstanden. Ein Erfordernis für ein Zweitgutachten wird von ihr nicht gesehen.

Fachliche Eignung der Grundwassermessstelle 3/97 i.V.m. dem Grundwassermessstellennetz hinsichtlich der Ermittlung des zehGW – Forderung nach einem Zweitgutachten

Vom Landesbüro der Naturschutzverbände NRW wird eine fachlich angemessene Ermittlung des zehGW auf Basis der Darlegungen im Hydrogeologischen Erläuterungsbericht vom Juni 2023 in Frage gestellt. Es wird bezweifelt, dass die GWMS 3/97 hierfür geeignet ist, da sie die einzige GWMS im Steinbruch Höste sei. Ferner wird angeführt, dass es sich nicht um eine unbeeinflusste GWMS handele. Auf Bedenken des LANUV wird verwiesen. Zur Ermittlung des zehGW und zum Grundwassermonitoring wird auf die obigen Ausführungen verwiesen. Die Einholung eines Behördengutachtens nach § 13 der 9. BImSchV ist aus Sicht der uWB hier nicht erforderlich.

Erfordernis einer wasserrechtlichen Erlaubnis für den Bereich des Altsteinbruchs

Der Antrag auf Entfristung bezieht sich auf die Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste. Dem o.g. Aspekt wird von der unteren Wasserbehörde im Rahmen der Anlagenüberwachung nachgegangen:

Vorgehen im Falle festgestellter Beeinträchtigungen (sinkende Grundwasserstände, Verringerung von Quellschüttungen) durch den Betrieb des Steinbruchs Höste

Diesem Aspekt wäre im Rahmen der wasserrechtlichen Anlagenüberwachung (Stichwort: Monitoring) auf Basis erteilter Zulassungen von der unteren Wasserbehörde nachzugehen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass das Monitoring durch zusätzliche Grundwassermessstellen erweitert wird.

Abschließend ist zu konstatieren, dass erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser nicht zu erkennen sind.

2.8 Schutzgüter Klima und Luft

Ausgedehnte Waldbereiche können für das örtliche Mikroklima von Bedeutung sein (Seite 11 des UVP-Berichts vom 14.07.2023). Da mit dem Entfristungsvorhaben keine Inanspruchnahme zusätzlicher Waldflächen verbunden ist, sind erhebliche nachteilige Auswirkungen des Entfristungsvorhabens hier nicht zu erwarten. Die erfolgte Waldrodung auf Basis des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 wurde von den Naturschutzbehörden in den Jahren 2020 und 2021 im Rahmen der Anlagenüberwachung geprüft.

Mit dem Abbaubetrieb auf der Erweiterungsfläche können Staubemissionen, z.B. Schwebstaub, verbunden sein, die zu Luftverunreinigen führen. Dies Thema wurde unter dem Abschnitt Schutzgut Mensch behandelt.

2.9

Schutzgut Landschaft

Der Eingriff wurde auf der Basis des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 auf der kompletten Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste insofern vollzogen, dass das gesamte Gelände verritzt ist und dort abgebaut wird.

Dem durch die Aufhebung der Befristung bedingten Timelag hinsichtlich der Rekultivierung wird durch eine zusätzliche Maßnahme, der die uNB zustimmt, ausreichend Rechnung getragen. Die Maßnahme bezieht sich auf eine Grundstücksfläche von rd. 3,5 Hektar, die sich südwestlich des Steinbruchs Höste in dessen näherem Umfeld befindet. Dort wird nach dem als Antragsunterlage eingereichten naturschutzfachlichen Maßnahmenblatt der LRT 9130 (Waldmeisterbuchenwald) auf einer Fläche von rd. 2 Hektar entwickelt.

Durch Fortgelten bestehender naturschutzfachlicher Regelungen des Genehmigungsbescheids der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 und angepasste Regelungen in diesem Genehmigungsbescheid (Naturschutzrechtliche Nebenbestimmungen IV 2.1 bis 2.8) sind im Hinblick auf die beantragte Aufhebung der Befristung bezüglich der Kompensations- und Rekultivierungsaspekte keine Defizite gegeben, die einer Genehmigung entgegenstehen.

Die ausreichende Höhe der Sicherheitsleistung für die Umsetzung naturschutzrechtlicher Maßnahmen ist wiederkehrend alle 5 Jahre gegenüber der uNB nachzuweisen (Nebenbestimmung IV 2.5 dieses Genehmigungsbescheides), sodass eine fortlaufende naturschutzfachliche Überprüfung erforderlicher Geldmittel erfolgen kann.

Hinsichtlich der weiteren naturschutzfachlichen Überwachung bestehen für den Anlagenbetreiber wiederkehrende Berichtspflichten, die über Nebenbestimmungen zum Genehmigungsbescheid sichergestellt werden.

2.10 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Weder die Behörden- noch die Öffentlichkeitsbeteiligung ergaben Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Baudenkmälern im Einwirkungsbereich des Vorhabens.

Dem UVP-Bericht vom 14.07.2023 kann auf der Seite 11 entnommen werden, dass rd. 0,7 km südlich des Steinbruchs Höste eine Rosskastanie steht, die ein Naturdenkmal ist, wobei Beeinträchtigungen durch das Entfristungsvorhaben nicht gegeben sind.

Der Stellungnahme des LWL Münster ist zu entnehmen, dass im Abbaubereich mit einer besonderen Fossilführung und mit paläontologischen Bodendenkmälern zu rechnen ist. Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen, enthält der Genehmigungsbescheid entsprechende Berichtspflichten.

Mögliche Auswirkungen von Sprengerschütterungen auf Gebäude wurden unter dem Abschnitt „Schutzgut Mensch“ behandelt.

2.11 Schutzgut Wechselwirkungen zwischen den o.g. Schutzgütern

Der Begriff der „Wechselwirkung“ wurde als eigenständiges UVPG-Schutzgut offenbar der biologischen Teildisziplin „Ökologie“ entnommen (Stichwort: Dynamik von Ökosystemen in Bezug auf abiotische und biotische Systembestandteile). Auf der Seite 12 des UVP-Berichts vom 14.07.2023 wird auf dieses Thema kurz eingegangen und resümierend dargestellt, dass erhebliche nachteilige Auswirkungen auf dieses Schutzgut nicht zu konstatieren sind, da bereits erhebliche Beeinträchtigungen der einzelnen Schutzgüter auszuschließen sind. Auch den Stellungnahmen der uNB lassen sich keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass das o.g. Schutzgut durch das beantragte Änderungsvorhaben verletzt sein könnte.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass im Kontext des Entfristungsverfahrens die Schutzgüter Wasser und Pflanzen insbesondere im Hinblick auf den LRT 7220* im Bereich der Felsenquelle in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen, da Änderungen des Schüttungsverhaltens der Quelle und des

Wasserchemismus Struktur und Funktionalität des LRTs ändern können. Dieser Aspekt wird im Abschnitt 2.13 dieser Dokumentation betrachtet und bewertet.

2.12 Auswirkungen aufgrund der Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen

Eine Anfälligkeit des beantragten Entfristungsvorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen ist nicht ersichtlich. Der Steinbruch Höste unterliegt nicht der Störfall-Verordnung (12. BImSchV).

Im Steinbruch Höste kommen Sprengstoffe zwecks Gewinnung von Kalkstein zum Einsatz. Der Sprengstoffeinsatz unterliegt arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften und dem Sprengstoffrecht. Den im Genehmigungsverfahren von der hier zuständigen Fachbehörde (Bezirksregierung Münster) abgegebenen Stellungnahmen lassen sich keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass das Vorhaben anfällig für extern oder intern bedingte schwere Unfälle oder Katastrophen ist, die sich innerhalb oder außerhalb der Anlage auswirken können.

Erwähnt sei an dieser Stelle, dass Sprengungen in Steinbrüchen mit der Gefahr des Steinflugs auch außerhalb des Steinbruchgeländes verbunden sein können, wobei sich hier in Bezug auf den Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 keine Änderungen ergeben, die einer Entfristung des Abbaubetriebs entgegenstehen.

2.13 FFH-Verträglichkeitsprüfung

Einleitung

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens bezüglich der Erweiterung des Steinbruchs Höste in den Jahren 1998 und 1999 wurden auf Basis der Antragsunterlage "Stellungnahme zur Verträglichkeit der von der Firma Dyckerhoff Zement GmbH geplanten Steinbrucherweiterungen in Lengerich und Höste in Bezug auf § 19c BNatSchG – Bewertung des westlichen Teutoburger Waldes nach den Kriterien der FFH-Richtlinie" ausweislich der Begründung des Genehmigungsbescheides vom 25.02.1999 Prüfungen im Hinblick auf die FFH-Verträglichkeit vorgenommen. Diese Prüfungen erfolgten vor dem Hintergrund, dass die verfestigte Absicht bestand, das Umfeld des Steinbruchs am Teutoburger Wald unter den Schutz des FFH-Rechts zu stellen (Gebietsvorschlag Nr. 298).

Unter dem Abschnitt 5.1.3 (Kalktuffquellen und naturnahe Quellbachtäler) der o.g. Unterlage wird folgendes Fazit gezogen:

"Im Untersuchungsgebiet der UVS ist der Lebensraumtyp Kalktuffquelle nicht vertreten."

Diese - heute nicht mehr haltbare Einschätzung - wurde seinerzeit u.a. damit begründet, dass die Quellbereiche durch anthropogene Nutzungen und Beeinträchtigungen verändert und daher im Sinne der FFH-Richtlinie nicht mehr als „natürlich“ zu bezeichnen sind. Bezüglich der Felsenquelle finden sich ferner folgende Ausführungen:

"Im Bereich des Quelltopfes, der künstlich tiefer gelegt wurde, sind keine Kalktuffablagerungen vorhanden. Im Mittellauf des Quellbachs der Felsenquelle findet sich Kalktuff aus geschichtlicher Zeit. Der Kalktuff liegt als Bank ca. 50 cm unter der Geländeoberfläche und damit ca. 1 m oberhalb des Wasserspiegels des Böckemühlenbachs. Dies zeigt, dass in der geologi-

schen Vergangenheit die chemischen und klimatischen Bedingungen geeignet für die Kalktuffbildung waren. Der Bachlauf weist aktuell keine Kalktuffbildungen auf. Er ist in seiner Morphologie stark verändert. Dies ist erkennbar an dem tief eingeschnittenen Bachbett des Bachlaufes (ca. 1,5 – 2 m unter der Geländeoberfläche) und den Staubauwerken unterhalb der Felsenquelle und im Bereich der Bebauung. Damit wird die Felsenquelle und ihr Quellbach im Sinne der FFH-Richtlinie nicht als natürlicher Lebensraum Kalktuffquelle eingestuft.“

Im Jahre 2004 erfolgte die Aufnahme des Gebiets in die Gebietsliste der Europäischen Kommission.

Nach dem Fachinformationssystem Natura 2000-Gebiete in Nordrhein-Westfalen des LANUV ist das Umfeld des Steinbruchs Höste als FFH-Gebiet mit der Bezeichnung “DE-3813-302 - Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg” ausgewiesen, wobei einige Kalktuffquellen und insbesondere auch die Felsenquelle als prioritärer LRT 7220* zu den Erhaltungszielen dieses Gebietes zählen. Neben dem Bereich der Felsenquelle wurde auch der Quellbereich östlich der Sudenfelder Straße als LRT 7220* kartiert. Dies gilt nicht für südlich des Steinbruchs Höste befindliche Quellen. Dortige Quellbereiche wurden aufgrund einer aktuellen Begutachtung durch das LANUV (Mitteilung an den Kreis Steinfurt vom 07.11.2023) nicht als LRT 7220* eingestuft.

Der als Anlage 2 dieser Dokumentation beigelegte Karte kann insbesondere die Lage des der Felsenquelle zugeordneten LRT 7220* in Bezug zum Steinbruch Höste entnommen werden. In dieser Karte ist ferner die Verteilung des LRT 9130 (Waldmeister Buchenwald) im Umfeld des Steinbruchs Höste dargestellt.

Neben den o.g. Lebensraumtypen zählen folgende LRTs zu den Erhaltungszielen des FFH-Gebiets: Erlen- Eschen- und Weichholzaauenwälder (LRT-Nr.: 91E0*), Kalk- und basenreiche Niedermoore (LRT-Nr.: 7230), Na-

turnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien mit Orchideenbeständen (LRT-Nr.: 6210*) und Glatthafer- und Wiesenknopf-Silgenwiesen (LRT-Nr. 6510). Des Weiteren sind folgende Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie Erhaltungsziele des FFH-Gebietes: Kammmolch, Bechsteinfledermaus, Teichfledermaus und Großes Mausohr. Bedeutsame Vogelarten in dem FFH-Gebiet sind: Uhu und Schwarzspecht.

An dieser Stelle sei festgehalten, dass der Steinbruch Höste inclusive der Erweiterungsfläche nicht in dem o.g. FFH-Gebiet liegt. Insofern könnte die Formulierung auf der Seite 1 der Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW vom 17.08.2020 missverständlich sein, denn dort wird folgendes ausgeführt:

“Eine Fortführung der Kalkabgrabung inmitten des FFH-Gebietes “Teutoburger Wald mit Intruper Berg” über den genehmigten Zeithorizont hinaus ist aus Sicht der Naturschutzverbände indiskutabel.”

Nordöstlich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste beginnt das FFH-Gebiet “Stollen Lienen-Holperdorp, DE-3813-303“. Es dient dem Schutz der Fledermausarten “Großes Mausohr” und “Teichfledermaus”.

Etwa 11 km nordwestlich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste beginnt das FFH-Gebiet “Kirche in Ledde (Kreis Steinfurt), DE-3712-303“. Es dient dem Schutz der Fledermausart “Großes Mausohr”.

Ausschlaggebend dafür, dass im Zuge des Genehmigungsverfahrens bezüglich der Aufhebung der Befristung eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, sind mögliche erhebliche Beeinträchtigungen der Kalktuffquellen, zumal sie im Rahmen des Genehmigungsverfahrens in den Jahren 1998 und 1999 nicht als LRT 7220* eingestuft wurden und das Einzugsgebiet der hier maßgebenden Felsenquelle zum Teil im Bereich der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste liegt.

Maßstäbe für die FFH-Verträglichkeitsprüfung

Maßstab für die FFH-Verträglichkeitsprüfung ist, dass keine vernünftigen wissenschaftlichen Zweifel hinsichtlich der Verträglichkeit der Auswirkungen des Projekts bestehen dürfen (z.B.: Urteil des BVerwG vom 17.01.2007, Az.: 9 A 20.05, Rn. 59 ff und Verbundene Rechtssachen C-293/17 und C-294/17 - Schlussanträge der Generalanwältin vom 25. Juli 2018, Abschnitt IV. C. Nr. 103), wobei das Vorsorgeprinzip nicht verlangt, die FFH-Verträglichkeitsprüfung auf ein "Nullrisiko" auszurichten (Rn. 60 des o.g. BVerwG-Urteils; ferner: Feldhaus-Kommentar, Dezember 2021 zu § 6 BImSchG, Rn. 70).

Vor dem Hintergrund, dass nach dem o.a. (auch sich verändernde) wissenschaftliche Maßstäbe in ein Verwaltungsverfahren und damit verbundene Prüfungen eingeführt werden, sei der Lütkes/Ewer-Kommentar, 2. Auflage 2018 zu § 34 BNatSchG, Rn. 27 erwähnt. Dort wird folgendes ausgeführt:

"Eine naturschutzfachliche Einschätzung ist einer anderen nicht bereits deshalb überlegen oder ihr gegenüber vorzugswürdig, weil sie "strengere" Anforderungen für richtig hält. Das ist erst dann der Fall, wenn sich diese Auffassung als allgemein anerkannter Maßstab der Wissenschaft durchgesetzt hat und die gegenteilige Meinung als nicht (mehr) vertretbar angesehen wird."

Mögliche erhebliche Beeinträchtigungen von Kalktuffquellen (LRT 7220*)

hier: Felsenquelle

Es sei zunächst wiederholt, dass sich das Vorhaben im Einzugsbereich der Felsenquelle befindet (siehe die als Anlage 4 beigelegte Karte).

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens zeigte sich, dass für den Erhalt der Felsenquelle und des durch sie bestimmten Lebensraumtyps Auswirkungsbetrachtungen hinsichtlich des Schüttungsverhaltens und des Wasserchemismus der Quelle essenziell sind. Diesbezüglich sind hinsichtlich des zu

betrachtenden, modifizierten Vorhabens, das als wasserrechtlich zulassungsfreie Trockenabgrabung ausgeführt wird, keine wesentlichen Änderungen zu prognostizieren. Ein Eingriff in den Grundwasserschwankungsbereich wird durch Wahrung einer ausreichenden Deckschicht vermieden. Auf die Darlegungen zum Schutzgut Wasser sei an dieser Stelle verwiesen. Der Einzugsbereich der Felsenquelle zählt aufgrund von Kartierungsregeln nicht zum LRT 7220*; ist mit diesem aber untrennbar verbunden.

Zur Charakterisierung und zur Struktur des LRT 7220* in Bezug auf die Felsenquelle kann Folgendes festgehalten werden:

Zentrale wertgebende Elemente sind die beiden hochindikativen Moosarten *Palustriella* und *Eucladium* sowie Kalktuffstrukturen.

Die wertgebenden Moosarten haben sich im und am Quellbach an sehr unterschiedlichen Stellen angesiedelt. Sie befinden sich zum Teil mehrere 100 m von der Quellschüttung entfernt. *Palustriella* findet sich in quellentfernten Zonen, während *Eucladium* bereits in quellnäheren Zonen vorkommt. Der wertgebende Moosbewuchs umfasst bezogen auf die Gesamtfläche des LRTs nur sehr kleine Flächen, wobei es sich um das im weiteren Umfeld reichste Vorkommen am Südhang des Teutoburger Waldes handelt. Neben der Felsenquelle sind für den LRT weitere Quellen von Bedeutung, z.B. eine durch Tiefbauarbeiten entlang der Straße "Zur Fuchsfarm" entstandene Quelle, die in das Bachufer entwässert. Dort ist seitdem ein verstärktes Vorkommen von *Palustriella* zu verzeichnen. Weitere Quellaustritte in das Bachbett gibt es im oberen Viertel des Baches an der Straße "Zur Fuchsfarm" und im Bereich eines Katarakts.

Die erste Kalktuffstruktur befindet sich ca. 100 m von der Felsenquelle entfernt. Bis zum Ende des LRTs in ca. 700 m Entfernung vom Quellaustritt sind dann weitere Kalktuffstrukturen, z.B. Kalktuffschwellen zu verzeichnen. Das Vorhandensein der wertgebenden Moosarten beschränkt sich nicht auf Kalktuffstrukturen. Sie finden sich überwiegend an den Rändern des Bachbetts und in Höhlungen am Bachufer. Viele Kalktuffbereiche haben aktuell keinen Moosbewuchs. Eindrücke über die Kalktuffstufen und die indikativen Arten vermittelten die als Anlage 9 beigefügten Fotos.

Der Erhaltungszustand des LRT ist seit Jahren stabil und gut, d.h. er wird mit "B" bewertet. Ausschlaggebend hierfür ist das Vorkommen der wertgebenden Moosarten sowie das Auftreten der Kalktuffbildung. Durch Maßnahmen im LRT und seiner Umgebung könnten Verbesserungen erzielt werden. Dies betrifft z.B. eine Verbesserung des Lichteinfalls durch Entfernung von Fichten und das Entfernen von Fichtennadelstreu sowie Regelungen bezüglich des freien Zutritts zu dem geschützten LRT.

Der LRT wird von den Sachkundigen (Herr Dr. Hinterlang, LANUV; Herr Dr. Schmidt, Experte der Antragstellerin und Frau Dr. Jedrzejek, untere Naturschutzbehörde) als sehr dynamisches und anpassungsfähiges System beschrieben. Die Dynamik bezieht sich insbesondere auf die Wasserverhältnisse im Bachlauf, die zu einem austarierten Gefüge führen. Im Winterhalbjahr, der Hauptwachstumszeit der Moose, führt der Bach vergleichsweise viel Wasser. Im Sommerhalbjahr (Wachstumsphase von Konkurrenzpflanzen) ist das Wasserdargebot geringer oder fehlt (Trockenfallen des Baches). Das intermittierende Schüttungsverhalten der Quelle ist von großer Bedeutung für den LRT. Die Anpassungsfähigkeit des Systems zeigt sich z.B. auch durch die verstärkte Ansiedlung von Palustriella im Bereich der o.g. ins Bachufer entwässernden Quelle. Die wertgebenden Moose finden sich auch in Bereichen ohne Kalktuffbildung. Insgesamt ist der geschützte Lebensraum entlang des Quellbachs vielfältig.

Voraussetzungen der Kalktuffbildung und damit verbundene Moose

Die Funktionalität und Verkettung der physikalischen, chemischen und biologischen Prozesse der Kalktuffbildung kann stichwortartig wie folgt zusammengefasst werden: Die Ausfällung von Kalk auf der Fließstrecke des Quellwassers und die sich anschließende Kalktuffbildung wird beeinflusst durch die Temperatur, die Turbulenz und den pH-Wert des Wassers. Treibende Kraft der Kalktuffbildung ist der CO₂-Entzug durch Ausgasung, wobei auch die CO₂-Aufnahme der charakteristischen Moose i.V.m. dem Prozess der Fotosynthese eine relevante Rolle spielen kann. Die charakteristischen Moosarten entziehen dem Bachwasser CO₂, so dass an den Moosen durch

nachfolgende Kalkausfällung und Kalkanlagerung wachsende Kristallisationsbereiche und Sinterzonen entstehen, wobei die Moose in den Verkrustungen verbleiben.

Der Calcitgehalt des Quellwassers (Stichwort: Wasserhärte) hat für den Prozess eine zentrale Bedeutung.

Weiterführendes zu den grundsätzlichen naturwissenschaftlichen Zusammenhängen findet sich in der Veröffentlichung "Wisotzky, F.: Hydrochemie der Steinernen Rinnen in Bayern, Fachzeitschrift WASSER und ABFALL, 09/2017, S. 53-57".

Bewertungen von Auswirkungen auf die Felsenquelle

Folgendes sei wiederholt: Im Zuge der LANUV-Beteiligung und des Erörterungstermins im Mai 2022 sowie dessen Nachbereitung wurde klar, dass eine Abgrabung auf der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste bis in den Grundwasserschwankungsbereich hinein mit einem nicht vertretbaren Risiko hinsichtlich des Erhalts der Felsenquelle verbunden ist. Eine diesbezügliche FFH-Verträglichkeit war nicht feststellbar, da ein Eingriff in die Grundwasserverhältnisse - wie vom LANUV dargelegt - unabsehbare Folgen auf das unterirdische Strömungsverhalten des Grundwassers haben kann, so dass ein Versiegen der Quelle und ein Grundwasserabfluss an anderen Stellen mit einer nicht tolerierbaren Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Dies führte – einen Grundgedanken des LANUV aufgreifend – zu einer Modifikation des Vorhabens durch eine Reduzierung der tiefsten Abbausohle (Stichwort: Trockenabgrabung), sodass eine ausreichende Deckschicht oberhalb des Grundwassers bestehen bleibt und insofern ein Anschneiden von Grundwasser sicher verhindert wird.

Erhebliche Beeinträchtigungen des intermittierenden Charakters der Felsenquelle sind mit der erforderlichen Sicherheit auszuschließen. Gleiches gilt für den Wasserchemismus und das mengenmäßige Schüttungsverhalten der Felsenquelle (siehe Ausführungen zum Schutzgut Wasser). Insofern kann die FFH-Verträglichkeit des Projekts im Hinblick auf den LRT 7220* festgestellt werden.

Waldmeisterbuchenwald (LRT 9130)

Zunächst ist festzuhalten, dass die Erweiterungsfläche nicht im FFH-Gebiet liegt. Dieser Bereich ist auch nicht - wie vom Landesbüro der Naturschutzverbände im Rahmen des Erörterungstermins vorgetragen - als „faktisches“ oder potentiell FFH-Gebiet einzustufen. Die Meldung der FFH-Gebiete ist in NRW seit mehreren Jahren abgeschlossen (siehe VV-Habitatschutz 2016). Beanstandungen durch die EU-Kommission in Bezug auf die Abgrenzung des vorliegenden FFH-Gebietes sind nicht erfolgt.

Durch den Abbaubetrieb auf der Erweiterungsfläche kann Kalkstaub in benachbarte Buchenwälder eingetragen werden und sich dort niederschlagen. Der dort mögliche Staubniederschlag ist als gering einzustufen. Nach der als Antragsunterlage vorgelegten Staubimmissionsprognose ist bereits auf dem Anlagengelände keine relevante Staubdeposition zu erwarten.

Ferner ist Kalkstaub in dem geringen Umfang kein schädlicher Stoff für die Vegetation (Seite 27 der FFH-VP vom 14.07.2023).

Zu berücksichtigen sind auch regelmäßige Niederschläge, durch die ev. an der Vegetation haftende Stäube entfernt werden.

Eine Unschädlichkeit möglicher Staubimmissionen ergibt sich auch aus der Beobachtung, dass Waldbereiche in Steinbruchnähe keine Veränderungen der Pflanzenvitalität im Vergleich zu steinbruchfernen Waldbereichen zeigen (Seite 27 der FFH-VP vom 14.07.2023).

Auch negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung der dem Steinbruch benachbarten Waldbereiche sind nicht zu erwarten (Seiten 27 u. 28 der FFH-VP vom 14.07.2023).

Auch den Stellungnahmen der uNB lassen sich keine Hinweise darauf entnehmen, dass das Vorhaben mit erheblichen Beeinträchtigungen der Waldmeister-Buchenwälder verbunden sein könnte.

Für das FFH-Gebiet charakteristische Tierarten

Feuersalamander

Nach Darstellungen in der FFH-VP (Seite 28) existieren Vorkommen des Feuersalamanders im Bereich der Brüggelieth-Quelle und des Ölmühlenbachs. Da das Vorhaben nicht in Einzugsgebiete dieser Quellbereiche eingreift, sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht zu erwarten.

Das Landesbüro der Naturschutzverbände weist in seiner Einwendung vom 02.03.2022 (Seite 29) auf ein Feuersalamander-Vorkommen im Quellbereich östlich der Sudenfelder Straße hin. Im Rahmen des Erörterungstermins erfolgten keine Erläuterungen dieser Einwendung (Seite 68 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022). Da das Vorhaben nicht in das Einzugsgebiet dieses Quellbereiches eingreift, sind auch hier keine erheblichen Beeinträchtigungen des Feuersalamanders zu erwarten. Auch den Stellungnahmen der Fachbehörde (uNB) lassen sich keine Anhaltspunkte für Beeinträchtigungen des Feuersalamanders entnehmen.

Schwarzspecht

Der Schwarzspecht zählt zu den charakteristischen Arten des LRT Waldmeisterbuchenwald.

Im Rahmen der Einwendung vom 02.03.2022 (Seite 29) weist das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW auf ein in der FFH-VP nicht berücksichtigtes Revier des Schwarzspekts zwischen Lengerich und Lienen hin. Im Verlauf des Erörterungstermins am 11.05.2022 führte der Artenschutzgutachter aus, dass ein Brutvorkommen im relevanten Untersuchungsgebiet um den Steinbruch Höste ausgeschlossen werden kann. Ferner seien lärmbedingte Beeinträchtigungen für die Art als unerheblich einzustufen. Diesbezüglich wies er auf ein Schwarzspecht-Vorkommen im Nahbereich des Steinbruchs Hohne hin.

Die nach dem Erörterungstermin vom Landesbüro der Naturschutzverbände NRW vorgelegte Unterlage zu Vorkommen des Schwarzspekts im weiteren Umfeld des Vorhabens ergab nach Prüfung durch die uNB keine

Anhaltspunkte dafür, dass erhebliche Beeinträchtigungen dieser Art vorliegen könnten. Die Bewertungen des Gutachters wurden als fachlich zutreffend eingestuft. Gleiches gilt für die von der Firma Dyckerhoff GmbH in diesem Zusammenhang - ebenfalls nach dem Erörterungstermin - der uNB vorgelegten Brutvogelkartierungen aus dem Jahre 2021, die sich auf den beabsichtigten Bau eines Tunnels zwischen den Steinbrüchen Hohne und Höste und nicht auf das beantragte Vorhaben beziehen. Den Kartierungen kann ein Schwarzspecht-Vorkommen am nordöstlichen Randbereich des Steinbruchs Hohne entnommen werden.

Eschengalerien als Auenwald-LRT im FFH-Gebiet

Das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW rügt in seiner Einwendung vom 02.03.2022 auf der Seite 28, dass Eschengalerien nicht als LRT betrachtet wurden.

Aus Sicht des Fachgutachters der Antragstellerin liegen, gestützt auf Daten des LANUV, Auenwaldbereiche rd. 2,5 km vom Vorhaben entfernt (Seite 49 des Protokolls über den Erörterungstermin am 11.05.2022). Eine Betroffenheit durch das Vorhaben ist insofern nicht zu konstatieren. Nach Darlegung der uNB im o.g. Erörterungstermin befindet sich Auenwald auch im Quellbereich östlich der Sudenfelder Straße. Da das Einzugsgebiet dieses Quellbereiches außerhalb des beantragten Vorhabens (Trockenabgrabung) liegt, sind negative Auswirkungen auf diesen Auenwaldbereich nicht zu erwarten. Nach dem Erörterungstermin legte das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW im Juni 2022 der uNB und dem LANUV eine Karte vor, in der Verdachtsflächen bezüglich des o.g. LRTs dargestellt sind.

Aufgrund der Konzipierung der Abgrabung als Trockenabgrabung sind auch für Auenwaldbereiche entlang des Böckemühlenbachs keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten, wobei angemerkt sei, dass für diese Bereiche nach aktueller Auskunft der uNB keine LANUV-Kartierung als Auenwald vorliegt. Nach Mitteilung der uNB ist auch der südlich des Steinbruchs gelegene Bereich vom LANUV im Jahre 2023 nicht als Auenwald-LRT eingestuft worden. Negative Auswirkungen des Vorhabens auf diese Bereiche

sind nicht zu erwarten, da auch hier das Einzugsgebiet des Quellbereichs von dem beantragten Vorhaben nicht tangiert wird.

FFH-Gebiet mit der Bezeichnung „Natura 2000-Nr. DE-3712-303 – Kirche in Ledde (Kreis Steinfurt)“

Das Erhaltungsziel dieses FFH-Gebietes bezieht sich auf Vorkommen der Fledermausart „Großes Mausohr“ als Art nach Anhang II der FFH-Richtlinie (Quelle: Fachinformationssystem Natura 2000-Gebiete in NRW).

Das o.g. FFH-Gebiet, das sich auf die Kirche in Ledde beschränkt, liegt rd. 11 km vom beantragten Vorhaben entfernt (siehe die als Anlage 10 beige-fügte Karte). Die Abbaufäche der Erweiterung des Steinbruchs Höste ist aufgeschlossen. Der dortige Waldbestand wurde gerodet. Die im Jahre 2021 auf der Grundlage des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 25.02.1999 und einer zustimmenden naturschutzrechtlichen Prüfung durch die uNB unter Einbeziehung der höheren Naturschutzbehörde der Bezirksregierung Münster im Rahmen der fachbehördlichen Anlagenüberwachung erfolgte Walddrohung stellt keine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes dar. Der gerodete Wald wurde nicht als essentielles Nahrungshabitat für das Große Mausohr eingestuft. Aufgrund dieses Sachverhalts sind die Auswirkungen des beantragten Vorhabens auf das Erhaltungsziel als nicht erheblich zu bewerten.

FFH-Gebiet mit der Bezeichnung „Natura 2000-Nr. DE-3813-303 – Stollen-Lienen-Holperdorp“

Das o.g. FFH-Gebiet liegt ca. 850 m in ost/ostnördlicher Richtung von der Erweiterungsfläche des Steinbruchs Höste entfernt. Es ist in der als Anlage 11 beige-fügten Karte dargestellt. Das FFH-Gebiet befindet sich in einem aufgelassenen Bergwerksstollen (ca. 100 m lang) auf dem Höhenzug des Teutoburger Waldes. Der Stollen liegt am Rande eines ehemaligen Kalksteinbruchs am Fuße des bewaldeten Westerbecker Berges und dient dem Schutz der Fledermausarten „Großes Mausohr“ und „Teichfledermaus“, die dort Winterquartiere finden.

Anhaltspunkte dafür, dass das FFH-Gebiet durch das beantragte Änderungsvorhaben erheblich beeinträchtigt werden könnte, sind nach den Stellungnahmen der uNB nicht ersichtlich. Auf die Ausführungen bzgl. des FFH-Gebietes „Kirche in Ledde“ sei verwiesen.

Abschließend sei hier - mit einigen Wiederholungen in Bezug auf das o.a. - die mitgeteilte Bewertung der unteren Naturschutzbehörde vom 09.10.2023 hinsichtlich der FFH-Verträglichkeit des Projekts festgehalten:

„Die aktualisierte FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP, bosch & partner 14.07.2023) ermittelt die Auswirkungen, die durch eine zeitliche Verlängerung der Abgrabung bis zu einer maximalen Abbautiefe von 151 mÜNN für die FFH-Schutzgüter zu erwarten sind. Eine wichtige Grundlage sind hier die bereits bei der Erweiterung durchgeführten Prüfungen auf FFH-Verträglichkeit in Bezug auf die Natura 2000-Gebietsvorschläge (Brinkschmidt et al. 1998). Bei den damaligen Prüfungen wurde die Erweiterung des Steinbruchs Höste für die geprüften FFH-Schutzgüter als verträglich angesehen. Im Rahmen jenes Verfahrens wurden für den Verlust des Waldes, der auch Bestände des Waldmeister-Buchenwaldes (FFH-LRT 9130, außerhalb des FFH-Gebiets) umfasste, umfangreiche Ausgleichmaßnahmen umgesetzt (vgl. LBP, Antragsunterlage 6.3). Mit der im Jahr 1999 erfolgten Genehmigung wurde die Rodung der Waldflächen im Erweiterungsbereich (nicht FFH-Gebiet) zugelassen. Vor Durchführung dieser Rodung im Jahr 2020 wurde die Betroffenheit der FFH-Schutzgüter für die 2004 ausgewiesenen FFH-Gebiete erneut durch die uNB geprüft. Es wurde festgestellt, dass erhebliche Beeinträchtigungen von Schutzgütern in FFH-Gebieten sowohl bzgl. des Waldmeister-Buchenwaldes (FFH-LRT 9130) als für das Große Mausohr (FFH-Anhang-II-Art) durch die Erweiterung und die damit verbundene Abholzung auszuschließen sind. Diese Einschätzung wurde durch die höhere Naturschutzbehörde der Bezirksregierung Münster und das Umweltministerium NRW bestätigt. Entsprechend dem gegenwärtigen Abbaufortschritt wird im Rahmen der Entfristung in den Waldmeister-Buchenwald und in Habitate des Großen Mausohrs nicht mehr eingegriffen, da sie nicht mehr im Eingriffsbereich vorhanden sind. Die Gutachter kommen daher für

die Entfristung zu dem Schluss, dass durch das beantragte Vorhaben keine erhebliche Beeinträchtigung für die genannten Schutzgüter resultiert. Dieser Argumentation kann vonseiten der uNB gefolgt werden.

Darüber hinaus wird in der vorliegenden FFH-VP für den LRT 7220* (Kalktuffquellen) die FFH-Verträglichkeit sowohl für die Erweiterung nach Westen als auch für die Entfristung untersucht, da dieser Lebensraumtyp im Verfahren zur Erweiterung des Steinbruchs Höste nicht hinreichend behandelt wurde. Das Vorkommen dieses LRTs war damals noch nicht bekannt, sondern wurde erst später durch das LANUV festgestellt. Aufgrund des hohen Schutzstatus als prioritärer FFH-LRT ist der Maßstab für den Schutz des FFH-LRT 7220* sehr hoch anzusetzen. Die Betroffenheit dieses LRT wurde im laufenden Verfahren daher umfassend erörtert, u. a. in einem klärenden Fachgespräch am 03.04.2023. Um eine Beeinträchtigung der Kalktuffquelle mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausschließen zu können, wurde im Ergebnis der Antrag für die Entfristung durch die Antragstellerin modifiziert, indem die beantragte Abgrabungstiefe von ehemals 125 m ü NN auf den höchsten zu erwartenden Grundwasserstand (zehGW) plus 10 m (rd. 151 m ü NN) angehoben wird. Auf dieser Grundlage kommen die Gutachter zu dem Schluss, dass eine erhebliche Beeinträchtigung des Lebensraumtyps 7220* durch den beantragten entfristeten Abbau bis zu 151 m ü NN nicht zu erwarten ist, da weder das Schüttungsverhalten der Quelle noch der chemische und mengenmäßige Grundwasserzufluss negativ verändert werden. Nach Prüfung wird diese Schlussfolgerung geteilt. Auch das LANUV teilte aus naturschutzfachlicher Sicht im Rahmen des o.g. Fachgesprächs grundsätzlich die Einschätzungen der uNB. Aus Gründen der Beweissicherung wird das vegetationskundliche Monitoring des LRT 7220* jedoch im Rahmen des Beweissicherungsverfahrens fortgeführt.

Erhebliche Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten und deren Schutzgütern durch das beantragte Vorhaben sind als Ergebnis der Prüfung nicht zu besorgen. Darüber hinaus sind kumulierende Betrachtungen (Summationsprüfung) nicht erforderlich, da das Eintreten erheblicher Beeinträchtigungen auf Erhaltungsziele von FFH-Gebieten hinreichend sicher ausgeschlossen werden kann.“

3. Zusammenfassung

Die begründende Bewertung der Auswirkungen auf die einzelnen UVP-Schutzgüter unter Anwendung des § 1a der 9. BlmSchV und die FFH-Verträglichkeitsprüfung zeigen, dass bei Beachtung der Nebenbestimmungen und Hinweise des Genehmigungsbescheides mit dem beantragten Änderungsvorhaben keine schädlichen Umwelteinwirkungen oder erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt bzw. eine FFH-Unverträglichkeit verbunden sind. Die Schutz- und Vorsorgeziele des § 1 BlmSchG sind im Hinblick auf das beantragte Änderungsvorhaben gewährleistet.

Unter Berücksichtigung von Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen sowie der festgeschriebenen Überwachungsmaßnahmen ist eine Verträglichkeit mit den UVP-Schutzgütern gegeben; wobei das UVPG an sich keine eigenständigen, von den fachrechtlichen Zulassungsvoraussetzungen unabhängigen materiellrechtlichen Vorgaben enthält. (vgl. Bundesratsdrucksache 164/17 vom 17.02.2017, Seite 107, letzter Absatz). Die FFH-Verträglichkeit des modifizierten Projekts konnte festgestellt werden.

Anlagen

1. Luftbild mit Darstellung des Steinbruchs Höste und des Anlagenumfeldes
2. Karte mit Darstellung des Steinbruchs Höste in Bezug auf das benachbarte FFH-Gebiet
3. Karte mit Darstellung von Quellen im Umfeld des Steinbruchs Höste
4. Karte mit Darstellung des Einzugsgebietes der Felsenquelle in Bezug zur Abbaufäche der Erweiterung des Steinbruchs Höste
5. Fotografie der Felsenquelle und eines Ausschnitts des quellnahen Oberlaufs des Böckemühlenbachs
6. Darstellung der zeitlichen Verteilung der Grundwasserstände an der GWMS 3/97
7. Karte mit Darstellung der Abbausituation im Endzustand
8. Darstellung eines Ausschnitts des WSG „Schollbruch“
9. Fotografien von Kalktuffstufen und indikativen Arten

10. Karte mit Darstellung des FFH-Gebietes „Kirche in Ledde“ in Bezug zur Abbaufäche der Erweiterung des Steinbruchs Höste
11. Karte mit Darstellung des FFH-Gebietes „Stollen Lienen-Holperdorp“ in Bezug zur Abbaufäche der Erweiterung des Steinbruchs Höste